

DP

DEUTSCHE POLIZEI

12/21

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Verrohung der Gesellschaft
**Ein Sturm
zieht auf**





In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Im Einsatz für alle, **die immer
im Einsatz sind:** unsere Versicherungen.

Wer wie Sie jeden Tag unsere Gesellschaft schützt, verdient Respekt und den besten Schutz. Mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, bieten wir maßgeschneiderte Absicherung und Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen



IN EIGENER SACHE

Die Weihnachtszeit steht bevor. Spekulation, Lebkuchen und Christstollen liegen bereits seit Längerem in den Läden. Alles ist vorbereitet für die drei großen Tage des Jahres. Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, Rettungskräfte, die Feuerwehr, Ärztinnen und Ärzte, Pflegenden sowie Beschäftigte in zahlreichen weiteren Berufsgruppen werden jedoch im Dienst sein. Sie werden arbeiten, wenn das Glöckchen zur Bescherung klingt, der Duft des Weihnachtsbratens Appetit macht und die freien Tage genutzt werden, um Angehörige sowie Freunde und Freundinnen im Glanze der Kerzen zu besuchen. Dabei werden sie Situationen zu meistern haben, die ganz und gar im Widerspruch zum Fest der Freude und des Friedens stehen werden. Vor diesem Hintergrund wünschen wir allen Kolleginnen und Kollegen, die zu den Festtagen Dienst tun: Kommt alle gut und sicher nach Hause und schließt eure Liebsten in die Arme.

Wenig weihnachtlich sind oft auch Themen, die in eurer DP behandelt werden. Dieses Magazin macht keine Ausnahme. Wer für die Polizei arbeitet, weiß, dass es sich um einen konfliktträchtigen Beruf handelt. So spiegelt sich euer alltägliches Erleben auch auf den Seiten der DP wider. Wenn sich in unserer Gesellschaft etwas zusammenbraut, ein Sturm erkennbar aufzieht, wird der Alltag einer und eines jeden Polizeibeschäftigten um ein Vielfaches härter. Woran das unter anderem liegt, erläutert der Bielefelder Konfliktforscher Prof. Andreas Zick in einem DP-Gespräch. Zu ähnlichen Themenfeldern hat die Redaktion den Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, am Rande einer GdP-Bundesvorstandssitzung „verhört“. Münch hatte dort das Gremium über aktuelle Entwicklungen in der Kriminalitätsbekämpfung auf Stand gebracht.

Ihnen und Euch allen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch.

Michael Zielasko
DP-Chefredakteur

Titel

2 ... dann eben mit Gewalt!

Im Gespräch

8 Wir wollen weiter vorangehen

Innenleben

- 12 Print oder digital
- 14 Momentaufnahme Tarifrunde
- 15 Endlich wieder in Präsenz
- 16 Verkehrspolizei im Blick
- 18 Von wegen Kaffeekränzchen
- 20 ... bloß keine Geschmackspolizei!
- 21 Mehr psychische Belastungen
- 22 Bundeskontrollausschuss mit neuem Vorsitz
- 22 Brandenburgs Landeschef zurückgetreten
- 22 Schleswig-Holstein: Torsten Jäger im Amt bestätigt
- 23 Thüringen mit neuer Vorsitzenden
- 27 KongressTicker
- 28 Damit der Laden läuft

Gelesen

- 13 Motivierende Weisheiten – ehrliche Antworten
- 37 Kaum beackertes Romanfeld

Hilfreich

- 19 GdP-Plus-Partner

Hingeschaut

- 24 Ein frischer Wind muss her
- 34 „Wir sind hier nicht beim Fernsehen“
- 38 Ein Volkspolizist auf Westbesuch – Teil 3

Vor Ort

- 32 Dringend gesucht: Gesellschaftlicher Klimawandel
- 40 Impressum

RICHTIGSTELLUNG

In der November-Ausgabe ist im Artikel „Ein Volkspolizist auf Westbesuch“ ein Fehler auf der Seite 38 in der Bildunterschrift aufgetreten. Hier handelt es sich um einen Angehörigen der Grenztruppen (NVA) der DDR und nicht wie abgedruckt um einen Volkspolizisten.

In der Online-Ausgabe konnten wir den Fehler korrigieren.

VERROHUNG DER GESELLSCHAFT

... dann eben mit Gewalt!

Titel

Hassreden, Attacken auf Vollzugsbeamte, Terrorismus: Unsere Gesellschaft scheint so gewaltbereit wie nie. Oder sind es die Medien, die diesen Eindruck erwecken? DP sprach mit dem Gewalt- und Konfliktforscher Prof. Dr. Andreas Zick über Populismus, Radikalisierung und zunehmende Staatsferne.

Michael Zielasko

DP: Täuscht der Eindruck oder ist die deutsche Gesellschaft gewaltbereiter geworden?

Prof. Andreas Zick: Sie ist gewaltbereiter geworden, auch wenn wir über alle Gewalttaten hinweg nicht feststellen können, dass die Häufigkeit zunimmt. Jedoch werden Effekte verdeckt, dass sie an bestimmten Orten und unter bestimmten Bedingungen deutlich anwächst.

DP: Also punktuell, in kleineren Bereichen oder entsprechenden Gruppierungen?

Zick: Es kommt darauf an, über welche Gewalt wir reden, gegen wen sie gerichtet ist und welche Form wir im Blick haben. Eine grobe Frage nach der quantitativen Entwicklung aller Gewalttaten hilft uns nicht wirklich. Punktuelle Vorfälle im Bereich des Terrorismus, die Tat von Idar-Oberstein oder Hasstaten fallen in einer Gesamtstatistik kaum ins Gewicht, doch sie erzählen uns eine Geschichte zur Gewalt und Gewaltbereitschaft in bestimmten ideologischen und kriminellen Milieus.

DP: Eine Geschichte?

Zick: Die Entwicklungen im Bereich dieser neuen rechten und verschwörungsmotivierten Gewalt müssen stärker ins Hellfeld gebracht werden. Wenn das passiert, kommen wir zu neuen und realistischeren Einschätzungen. Ein Beispiel: erst als die häusliche Gewalt stärker aus dem Dunkelfeld hervorgeholt wurde, waren das ganze Ausmaß und massive Anstiege bekannt geworden. Dasselbe passiert derzeit bei der Hatespeech, seit Hassreden strafrechtlich neu beurteilt

werden. Im Bereich der Gewalt im Kontext der Corona-Proteste und neuer Verschwörungsgruppen brauchen wir also neue Bewertungen.

DP: Die deutliche Gewaltzunahmen zeigen werden?

Zick: Das deutet sich bereits an. Das Bundeskriminalamt (BKA) belegt dies mit seinem kürzlich veröffentlichten Lagebild zur Gewalt gegen polizeiliche Einsatzkräfte und registrierte für 2020 rund 85.000 Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, 6 Prozent mehr als in 2019.

DP: Die Diskussion über eine gewaltbereitere Gesellschaft ist also nicht aus der Luft gegriffen?

Zick: Keineswegs. Die Debatte wird zurecht geführt. Deutlich wird eine stärkere Billigung der Gewalt. Das ergeben auch unsere Daten aus Bevölkerungsumfragen und Interviews mit Gewalttätern. Bestimmte Milieus sind heutzutage eindeutig gewaltbereiter als früher und die Rechtfertigung von Gewalt als legitimes Mittel des Widerstandes ist weit verbreitet.

DP: Warum wird das Gewaltmonopol des Staates von diesen Milieus zunehmend in Frage gestellt?

Zick: Ich halte es für eine der größten Herausforderungen, dass durch Rechtspopulismus und neuerdings auch durch die teils populistische, teils sehr extrem orientierte Querdenker-Bewegung sowie radikal-extremistischen Milieus im Zuge der Corona-Proteste die Delegitimierung staatlicher Institutionen intensiv betrieben wird. Bürger-Befragungen aus unserer Mitttestudie ergaben, dass die Idee des Widerstandes ge-



gen Normen, Werte und staatliche Institutionen greift. Gewalt wird als Widerstandsakt legitimiert.

DP: Warum greift die Idee des Widerstandes?

Zick: Dieser Populismus gründet sich auf einer Vergrößerung der Distanz der Menschen zum Staat und seinen Institutionen. Im Erfolgsfall bringt er Bürgerinnen und Bürger auf Abstand zu vorab definierten Eliten. Er baut auf Feindbildern von „Eliten“, „Mächtigen“ und „dem System und seinen Gehilfen“ auf und legitimiert so die Gewalt gegen Personen und Gruppen, die diese Feindbilder repräsentieren. Ein Beispiel ist die Propaganda der „Merkel-Diktatur“. Das hat um sich gegriffen. Viele Menschen fühlen sich als Opfer der Umstände, sind unzufrieden. Sie haben das Angebot von Propagandagruppen wahr- und angenommen, und ihre Vorurteile und Feindbilder verbinden sie. Angegriffen werden dann alle, die zum „Merkel-System“ gehören.

DP: Gibt es für solche Entwicklungen Vorbilder?

Zick: Grundsätzlich existiert diese gesellschaftliche Mentalität schon länger. Wir kennen Anstiege der Hassgewalt bei der Fluchtzuwanderung. Auch da wurden unzufriedene Menschen von ideologisch orientierten Gruppen abgeholt und radikalisiert. Solche Gruppen, die sich auf Distanz „zum System“ setzen, verstehen staatliche Behörden, darunter eben auch die Polizei, als Dienstleister, die ausschließlich in ihrem Sinne agieren müssten. Und wenn die Polizei das nicht tut, ist Aggression und Gewalt gegen sie ein legitimer Widerstandsangriff, der mit einer vermeintlichen Wiederherstellung von Freiheit gerechtfertigt wird. Die Verortung der Idee, was staatliche Institutionen tun und tun dürfen, hat sich dort verschoben, Normen damit auch.

DP: Leiden diese Menschen nicht eher unter ihrer Desinformation oder einer fehlenden Fähigkeit der Selbstreflexion?

Zick: Nein. Wir haben es heute oft mit Meinungsmilieus zu tun, die sich ihre eigenen Informationswelten schaffen und de-

nen Gemeinsamkeiten mit einem Mehrheitskonsens fehlen. Menschen, die fest an Verschwörungsmythen und illegitime Freiheitseinschränkungen glauben, suchen andere auf, die der gleichen Meinung sind. Die Homogenisierung solcher Meinungsmilieus sorgt für eine regelmäßige Bestätigung der eigenen Ansichten. Wenn dort dann ein Post abgesetzt wird, bekommt er Likes, Gegenmeinungen werden abfällig kommentiert. Die Gruppen schließen sich ab und üben auf Abweichler Druck aus. Darum reden wir auch zurecht von Radikalisierung.

DP: Das nutzen Bewegungen wie die Querdenker. Wie viel länger hätte denn die unstrittige Radikalisierung dieser Gruppierung gedauert, bevor digitale Endgeräte erfunden waren? Hätte das überhaupt funktioniert?

Zick: Funktioniert hätte das schon. Als Beispiel kann die NPD-Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder“ vor elf Jahren zitiert werden. Die Akteure waren gut organisiert und professionell aufgestellt und haben Menschen aus der Mitte binden können. Wir kennen seit den 1990er-Jahren rechts-extreme Radikalisierungen, Rekrutierungen und Mobilisierungen. Verschwörungsgruppen, antisemitische Milieus und andere menschenfeindlichen Gruppen fielen nicht aus dem Himmel, als die Pandemie einsetzte. Ein Rechtspopulismus, der sich in Räumen und Parlamenten verankert, hätte ein Warnzeichen sein müssen. Stattdessen haben Teile extremistischer Gruppierungen die intensiviertere Strafverfolgung und die bessere Aufklärung radikal-extremistischer Bestrebungen gut überstanden. Vor allem, weil damals schon die Bildung und Pflege homogener Meinungsmilieus eingeübt war.

DP: Ohne Smartphone und Facebook?

Zick: Das lief früher meist über Treffen bei kulturellen Veranstaltungen wie auf Rechtsrockkonzerten. Für solche Menschen sind das hoch attraktive Angebote. Die wollen nicht 24 Stunden am Tag über ihre Ideologie reden. Die Distanz zu den Institutionen kriegen sie am besten hin, wenn sie die Menschen vor Ort erreichen, lokale Aktionen präsentieren und eine gemeinsame Widerstandsidentität bilden.



DP: Für mich klingt das wie „Brot und Spiele“. Das Spektakel erscheint fast wichtiger als der eigentliche Inhalt der Veranstaltung.

Zick: Ja, deswegen sagt man, dass der Extremismus immer auch einen Erlebniswert hat. Sehen Sie Idar-Oberstein. Der Täter textete schon 2019 per Twitter von Krieg und verehrte offensichtlich Donald Trump. Mit der Tat bildete sich eine Anhängerschaft, er wurde heroisiert, andere pöbelten im Namen der Tat, als wenn dies ein Spektakel gewesen wäre. Ähnliches beobachten wir bei vielen Taten oder auch Demonstrationen, die wie Machtinszenierungen gefeiert werden und als kriegsähnliche Erlebnisse erzählt werden. Bei den Ausschreitungen in Chemnitz Ende 2018 war das der Fall – die Demo als Gemeinschaftserlebnis.

DP: Auf der anderen Seite wurden jedoch auch Abscheu und Fassungslosigkeit über diesen Mord ausgedrückt.

Zick: Ja, das kann auf einen Überbietungswettbewerb hinauslaufen. Radikalisierung schreitet auch deshalb vor allem im Netz voran, weil sich Meinungen gegenseitig aufschaukeln und emotionalisiert werden. Dort erzeugte Bilder liefern das Material für einen Emotionalisierungswettbewerb.

DP: Sie schlagen also vor, dass sich die GdP beispielsweise mit Presseerklärungen angesichts solcher Vorfälle zurückhält?

Zick: Nein. Aus vergangenen Amokläufen in Schulen ist ein Lerneffekt eingetreten. Solche Taten sind in Gesellschaften wie unserer der Ausgangspunkt für eine Erinnerungskultur. Wenn Sie als Gewerkschaft sagen, dass sie diese Tat jenseits der professionellen Polizeiarbeit tief trifft, verdeutlichen Sie, dass sie beim Opfer sind und dass sie sich sorgen, weil sich Normen verschoben haben. Damit ergibt sich die Möglichkeit, eine Brücke zu bauen – zwischen der Polizei und der Zivilgesellschaft. Ich halte das für sehr wichtig. Mein Vorbild ist die norwegische Gesellschaft. Nach dem Attentat von Andres Breivik 2011 hat sich dort die gemeinsame Trauerarbeit auch auf die norwegischen Behörden und Institutionen erstreckt. Dadurch hat sich der Zusammenhalt zwischen der Zivilgesellschaft und den Sicherheitsbehörden gefestigt. Gemeinsam wurde die Frage gestellt: Wo sind wir eigentlich gelan-

det? Wie kann es sein, dass „einer von uns“ zum Attentäter wird? Kontraproduktiv ist jedoch eine rein emotionale Inszenierung von Opfern, die für Propagandazwecke missbraucht werden, so, wie es Populisten tun. Idar-Oberstein oder auch Hanau sollten für uns Ereignisse sein, wo eine Gesellschaft zusammenstehen und zusammenhalten muss.

DP: Eine sehr idealistische Vorstellung.

Zick: Finden Sie? Das Einhalten und Zusammensetzen nach einem Attentat geht mit der Forderung einher: Stopp. Dazu gehört, dass an Normen und Werte erinnert wird, die auch die Polizei für die Gesellschaft repräsentiert. Und das mahnt, über Konsequenzen nachzudenken. Da geht es beispielsweise um die Frage des Gewaltmonopols, und das führt zu Fragen zum Waffenbesitz hierzulande. Das ist ein Thema, mit dem sich die Kriminologie und Extremismusforschung seit Längerem beschäftigt. Wir haben schon vor zehn Jahren nach rechtsextremen Hasstaten im Dialog über die Zukunft Deutschlands mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über dieses Thema gesprochen und Konsequenzen gefordert.

DP: In der Mehrzahl werden legale Waffen bei Straftaten benutzt.

Zick: Stimmt, aber es ist eine andere Frage, was es bedeutet, wenn ideologisch orientierte Personen mit hoher Aggressivität und Rechtfertigungen von ideologischer Gewalt sie besitzen. Das gehört auf den Prüfstand. Viele legale Waffen kommen zum Beispiel über die Schützenvereine. Sind sie fähig, radikalisierte Personen gut zu erkennen und zu intervenieren?

DP: Uns würde vorgeworfen, dass wir Goldmedaillen im Biathlon und olympischen Schießwettbewerben verhindern wollten.

Zick: Beim Sport, zumal dem Spitzensport, gibt es klare Kontrollmechanismen. Womöglich sollten sie jedoch im Freizeitsport noch besser funktionieren. Es müsste auf jeden Fall stärker überprüft werden, ob da Menschen mit ideologischen Vorstellungen unterwegs sind – ohne Generalverdächtigungen. Gerade Sportverbände teilen aufgrund ihrer hohen demokratischen Normansprü-

che diese Sorge. Ob es selbstwirksame Kontrollmechanismen gibt, steht auf einem anderen Blatt.



DP: Wer soll das überprüfen?

Zick: Das ist eine zentrale Frage, die der Klärung bedarf. Beispiel Bundeswehr: Nach dem Bekanntwerden der Bildung rechtsextremistischer Gruppen muss die Frage angegangen werden, ob es in der Bundeswehr genügend demokratiefeste Personen gibt. Das kann sich auch der Sport fragen. Wir haben Messinstrumente und Daten zur Analyse demokratiegefährdender Einstellungen und Verhaltensabsichten. Die können genutzt werden. Ebenso kann die Fortbildung zu Aggressions- und Gewaltbereitschaften verbessert werden. Schauen wir noch einmal auf das Beispiel Waffen: Die Forschung zeigt, dass allein die Präsenz von Waffen psychologische Effekte erzeugt. Wir wissen, dass Waffen nicht grundsätzlich Gewaltbereitschaften erhöhen, wenn Menschen Online-Shooter-Games spielen, wohl aber, wenn sie sich sozial isolieren und in sozialen Medien Verschwörungsideologien und Gewaltfantasien mit anderen Spielern teilen. Wenn dann im analogen Leben eine echte Waffe herumliegt, entzieht sich das kontrollierten Bedingungen und erleichtert die Bereitschaft, Waffen zu verwenden, wenn Menschen ihre Unzufriedenheit mit Aggression gegen andere verbinden.

DP: Der Waffeneffekt?

Zick: Das ist der Punkt, an dem die Waffe konkret zur Handlungsoption wird. Es geht um eine psychologische Wirkung, die zum Beispiel in den USA nach Schussvorfällen regelmäßig diskutiert wird. Der Waffeneffekt zeigt sich unter bestimmten emotionalen Bedingungen, einem bestimmten Gemütszustand und einem erhöhten Aggressionsniveau. Wir könnten hier nochmal über die Querdenker-Bewegung nachdenken: Die Beteiligten werden täglich emotionalisiert und empören sich über jede neue Information. Ich halte das für brandgefährlich. Das Aggressionspotenzial ist so hoch, dass sich dieser Waffeneffekt dort als bedrohlich dar-

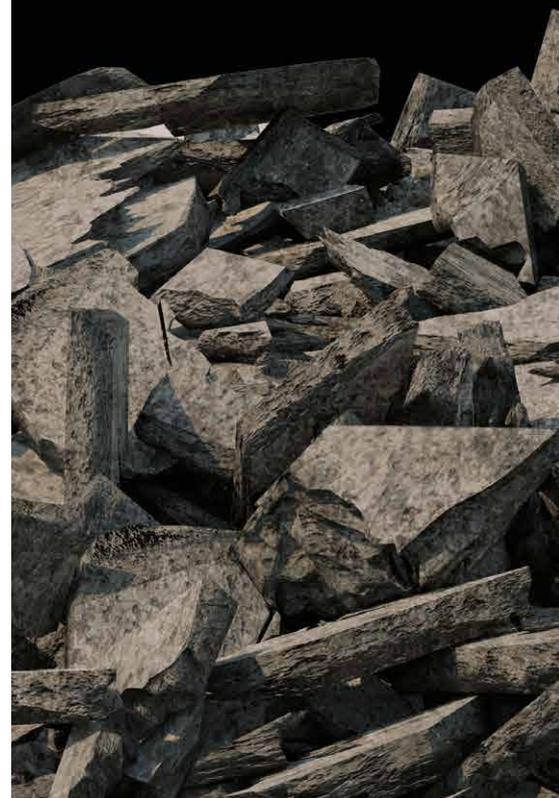
stellt. Aber Waffengewalt ist nur eine Form, wir erleben zurzeit, wie leicht es zu Pöbeleien und körperlichen Angriffen kommt.

DP: Gehört zu diesen Bedingungen, dass sich der Täter von Idar-Oberstein eine Legitimation für seine Tat hergeleitet hat?

Zick: Das ist ein wichtiger Punkt. Wir haben zuletzt für das Bundesinnenministerium eine Studie durchgeführt, bei der wir wegen ideologischer, meist rechtsmotivierter Straftaten inhaftierte Täter interviewt haben. Diese waren zuvor nicht in entsprechenden Gruppierungen organisiert, fielen nicht durch rechtsextremistisches Auftreten auf, gehörten nicht zum einschlägigen Milieu und saßen beispielsweise ein, weil sie einen Molotow-Cocktail auf eine Flüchtlingsunterkunft geworfen haben. Verleitet zu ihrer Tat hat sie ein ausgeprägtes Feindbild, das sie zuvor gezeichnet haben. Der Staat, die Ausländer, die Flüchtlinge, all das. Zusätzlich haben sie über starke Ungerechtigkeitsmeinungen ein Erregungs- und Aggressionspotenzial aufgebaut. Das haben sie mit anderen geteilt. Zentral für die Radikalisierung zur Tat war, dass sie sich über Milieus Rechtfertigungen besorgt haben. Die Gruppen, zu denen der Kontakt bestand, haben die Täter nicht direkt zur Tat motiviert. Sie haben sie auch nicht konsequent ideologisch geschult. Sie haben jedoch für ständige Rechtfertigungen gesorgt. Das ist eine Legitimationsmaschinerie. Die Polizei wird in solchen Gruppen als Handlanger eines korrupten Staates dargestellt, der Bürger umbringen und ausradieren will und der das Grundgesetz ausgehebelt hat. Andere Institutionen wie die Forschung geraten ebenso in diesen Sog.

DP: Was machen wir jetzt?

Zick: Prävention verstärken, Intervention ermöglichen. Informationen über die Tat von Idar-Oberstein deuten darauf hin, dass dem Täter der Zugang zu Waffen über den familiären Background ermöglicht wurde. Dessen Vater soll zudem durch einen Schusswaffenvorfall polizeibekannt gewesen sein. Wir müssen also näher an die sozialen Räume gewaltbereiter Menschen herankommen. Wir müssen deutlich früher auf Menschen zugehen, die sich im Prozess der Radikalisierung befinden. So schwer, wie das fällt.



„Die Entwicklungen im Bereich dieser neuen rechten und verschwörungsmotivierten Gewalt müssen stärker ins Hellfeld gebracht werden.“

DP: Der, der in der Nähe von Gewalt lebt und womöglich schon gewalttätig geworden ist, soll zeitnah angesprochen und sensibilisiert werden?

Zick: Genau. Da gibt es Möglichkeiten. Das Beispiel Fußballfingewalt zeigt es. Die szenekundigen Beamten sind den gewaltbereiten Fans bekannt. Das sind keine Spione. Insofern dienen ihre Kolleginnen und Kollegen als Brückenscharnier zwischen den Ultragruppen und den Vereinen. Da werden wichtige Gespräche geführt. Erkennbar wird, wo gerade Verschiebungen passieren. Prinzipiell benötigen polizeiliche Einsatzkräfte, die bei einem Corona-Einsatz Gewalt erfahren, eine Stelle, bei der sie sich informieren können, was da vor Ort los war, woher die Beteiligten kommen und warum das so passiert ist. Dafür brauchen wir ein intelligentes System. In Köln ist nach der Silvesternacht 2015/2016 intensiv über ein „Community-Policing“ nachgedacht worden, also ein Mitnehmen der Bevölkerung durch die Sicherheits- und Ordnungsbehörden. Am Ende muss es darum gehen, den Nutzen der Gewalt zu minimieren.

DP: Sie sprachen von einem intelligenten System. Verdeutlichen Sie das bitte. Außerdem klingt das nach einem erheblichen Aufwand.

Zick: Das ist es auch. Fangen wir doch zunächst damit an, die Gewalt, die in verschiedenen Milieus vorhanden ist, ins Hellfeld zu bringen. Je sichtbarer diese Gewalt wird, je mehr Menschen sagen, jetzt geht es aber zu weit. Es müssen zudem Möglichkeiten geschaffen werden, in die Milieus hineinzukommen. Nach den islamistischen Anschlägen sind wir da besser geworden – in der Beobachtung, bei Präventionsprojekten –, und es finden breite Diskussionen statt. Hintergrund dessen war die gemeinsame Meinung, dass viel zu viele junge Menschen in die radikale Islamisierung abrutschen. Das alles haben wir für den Bereich Rechts, obwohl das seit Jahren ein stabil gewaltorientiertes Feld ist, nicht. Jetzt kommen dazu noch Gruppen mit globalen Fantasien und diversen Untergangsszenarien. Und weil diese feststellen, die Welt geht so wieso unter, geraten sie auf die Schiene einer erhöhten Gewaltbereitschaft. Zu denken, wir nehmen den Kampf jetzt auf und gehen dann mit unter, ist dort immer häufiger festzustellen. Das heißt, für diese Gruppen gel-

ten Werte und Normen nicht mehr. Digitale Sozialarbeit wäre dort ein weiterer vielversprechender Ansatz. Man könnte vor Ort intervenieren und bremsen. Wo wir sofort einschreiten können, ist bei öffentlichem, menschenverachtendem Populismus mit seinen herabwürdigenden Bildern. Voraussetzung ist der sprichwörtliche Ruck, der durch die Gesellschaft gehen muss, und somit eine klare mehrheitliche Ablehnung unübersehbar wird.

DP: Wäre das Thema Konfliktmanagement ein sinnvoller Schulfach?

Zick: Konfliktfähigkeit und Konfliktmanagement sind in modernen Gesellschaften unabdingbar. Wir leben in leistungsorientierten Gesellschaften. Das fängt in den Schulen bereits an. Unsere Leistungen werden immer transparenter. Die Taktung, die Bewertung und Öffentlichkeit von Arbeit empfinden viele Menschen als Druck. Ein Konfliktverständnis und die Fähigkeit, konstruktiv Konflikte zu lösen, sind die wichtigsten Kompetenzen der Demokratie. Demokratien brauchen zivilcouragierte Menschen. Menschen, die für andere einstehen, bei Notfällen oder auch Herabwürdigungen. Demokratien benötigen ebenso eine Konfliktkompetenz. Sie hatten nach den Schulen gefragt. Wenn Sie auf den Unterricht schauen, dann finden Sie für diese beiden wichtigen Punkte kaum Platz. Da findet sich schon mal was in den Fächern Sozialwissenschaften oder Religion. Solche Themen, wie wir sie gerade besprechen, kommen nach bestehenden Berechnungen im Schulunterricht etwa nur zu einem Prozent der Gesamtschulzeit vor. In einer von so vielen neuen Konfliktlagen gebeutelten Gesellschaft wie unserer wird dem zu wenig Zeit und Bedeutung eingeräumt.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.





BKA-PRÄSIDENT HOLGER MÜNCH ZU HERAUSFORDERUNGEN UND TO-DO-LISTEN

Wir wollen weiter vorangehen

Foto: Bergsmail

Berlin im Oktober: BKA-Präsident Holger Münch auf dem Weg zur GdP-Bundesvorstandssitzung.

Die diesjährige digitale Herbsttagung des Wiesbadener Bundeskriminalamtes (BKA) Mitte November thematisierte gesellschaftliche Spaltungstendenzen, stellte entsprechende kriminelle Einflüsse dar und erörterte Lösungsansätze. DP sprach mit BKA-Präsident Holger Münch über Polarisierung und polizeiliches wie politisches Gegensteuern.

Michael Zielasko

DP: Herr Präsident, das BKA ist offenbar in Sorge um die gesellschaftliche Stabilität in Deutschland. Wie stark ist der Druck auf die innere Sicherheit?

Holger Münch: Wir leben ohne Frage in Zeiten dynamischer Veränderungen. Das ist an sich erst einmal etwas Gutes, denn Veränderung als Chance verstanden bedeutet: Aufbruch, mögliche Verbesserungen und letztlich Fortschritt. Veränderungen, gerade wenn sie so dynamisch vonstattengehen, können aber natürlich auch Verunsicherun-

gen auslösen, gesellschaftliche Ungleichgewichte verstärken und damit zu Spannungen führen, die sich letztlich auch auf die innere Sicherheit auswirken. Das müssen wir als Polizei im Blick behalten und uns rechtzeitig auf mögliche problematische Folgen einstellen.

DP: Problematische Folgen?

Münch: Ein wesentlicher Treiber für solche Entwicklungen ist die Digitalisierung und mit ihr die Möglichkeiten digitaler Vernetzung. So groß ihr Nutzen für die Gesellschaft ist – ihre Chancen werden leider auch von der Kriminalität ausgenutzt, und das oft sehr effizient. So entstehen nicht nur neue Modi Operandi wie beispielsweise „cyber-crime-as-a-service“, also vereinfacht gesagt das Einkaufen krimineller Dienstleistungen im Netz, sondern auch neue Täterstrukturen: Weniger feste Organisationen, dafür mehr lose und schwer zu detektierende Netzwerke. Gepaart mit der kriminellen Nutzung von immer ausgereifteren Anonymisierungs- und Kryptierungstechnologien ist das eine Entwicklung, die uns vor große Herausforderungen stellt.

DP: Welche kriminellen Strukturen und Akteure profitieren von Polarisierungstendenzen?

Münch: Das ist sicherlich in erster Linie die Politisch motivierte Kriminalität (PMK). Auch hier zeigt sich die Bedeutung der digitalen Vernetzung: Mit seinen Messenger-Diensten und Kommunikationsplattformen ist das Internet ein großer Marktplatz, auf dem nicht nur Meinungen, Informationen und Ideen frei ausgetauscht werden können, sondern eben auch inkriminierte Waren und kriminelle Dienstleistungen, Hass, Hetze und Gewalt. Wer sich als Täter mit anderen Tätern vernetzen und große Reichweiten für seine Hassbotschaften erreichen will, findet dort perfekte Echokammern und Mobilisierungsmöglichkeiten – und erzielt schnell eine Wirkung, die im analogen Raum gar nicht oder nur mit ungleich höherem Aufwand zu erreichen gewesen wäre. Die Auswirkungen haben wir in den letzten Jahren schmerzlich zu spüren bekommen, bis zur versuchten Stürmung des Reichstages am 29. August 2020.

Deshalb begannen wir 2019 auch, unsere Bekämpfungsstrategie gegen die PMK rechts anzupassen – unter anderem mit der Ein-



Wir sind gut aufgestellt,
darauf können wir
aufbauen – und das
sollten wir auch mit der
gebotenen
Geschwindigkeit tun,
denn die Kriminalität
wartet nicht auf uns.

richtung der Zentralen Meldestelle für strafrechtlich relevante Inhalte im Internet, kurz ZMI, die derzeit im Pilotbetrieb erprobt wird.

DP: Wie kann die Polizei auf diese Entwicklung wirksam reagieren? Reicht es aus, die tragenden Elemente der inneren Sicherheit zu sanieren oder müssen Teile komplett neu gebaut und angepasst werden?

Münch: Ich glaube, dass wir einer sich zunehmend vernetzenden Kriminalität mit einer ebensolchen verstärkten Vernetzung auf Seiten der Kriminalitätsbekämpfung begegnen müssen: Wenn Sie so wollen, also „crime-as-a-service“ mit einer Strategie des „crimefighting-as-a-service“ bekämpfen.

DP: Wie wollen Sie das anstellen?

Münch: Dafür brauchen wir keine Zentralisierung der Kriminalitätsbekämpfung – die Polizei in Deutschland ist aus gutem Grund föderal organisiert – aber weiterhin und mehr denn je eine starke Zentralstelle für die deutsche Polizei, die die Polizeien der Länder umfassend unterstützt: Mit einem verbesserten Informationsaustausch und Plattformen der Zusammenarbeit sowie mit konkreten Methoden, Tools und Services, die wir einmal entwickeln und zentral für alle bereitstellen.

Aber auch als digitale Eingangsstelle für bestimmte Hinweise auf strafbare Inhalte

im Netz, die nicht ohne weiteres einer örtlich zuständigen Strafverfolgungsstelle zugeordnet werden können – wie beispielsweise die angesprochene ZMI. Und als starker operativer Partner für die Bundesländer, der bei besonders umfangreichen und komplexen Sachverhalten zu einer Entlastung der Länderpolizeien beitragen kann.

DP: Das heißt etwas konkreter?

Münch: Die erforderlichen Anpassungen gehen wir bereits seit einiger Zeit an: Mit dem Programm Polizei 2020 entsteht ein gemeinsames digitales Verbundsystem mit zentralem Datenhaus für die deutsche Polizei; die nächsten Entwicklungsschritte haben wir hier bereits fest im Blick. Gleichzeitig stellen wir schon heute konkrete Methoden und Instrumente für die Bundesländer bereit: Denken Sie zum Beispiel an unser Hinweisportal, die sogenannte Boston Cloud oder RADAR-iTE beziehungsweise künftig auch RADAR-rechts zur standardisierten Gefährderüberwachung im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität. Auch hier wollen wir weiter vorangehen, beispielsweise mit Tools zur Zusammenführung, Auswertung und maßgeschneiderten Bereitstellung von Daten und Informationen für unsere polizeilichen Partner.

DP: Eine gut gefüllte To-do-Liste.

Münch: Was den angesprochenen Lastenausgleich im polizeilichen föderalen Verbund betrifft, so haben wir unsere operativen Fähigkeiten mit der Umorganisation der Abteilung Staatsschutz, der Einrichtung der Abteilung Islamistisch motivierter Terrorismus und Extremismus (TE) und der neuen Abteilung Cybercrime (CC) in den letzten Jahren schon deutlich gestärkt. Nun sollten wir angesichts der dynamischen Entwicklungen prüfen, ob wir diesen Ansatz auch auf weitere Phänomenbereiche, beispielsweise die Rauschgiftkriminalität, die Wirtschafts- und Finanzkriminalität oder die sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen, ausweiten können.

Und schließlich kann die eben schon angesprochene ZMI ein Muster dafür sein, wie wir künftig mit solchen polizeilichen Sachverhalten umgehen, für die eine örtliche Zuständigkeit gar nicht oder erst mit großem technischem Aufwand beziehungsweise nach aufwändigsten Ermittlungen festgestellt werden kann.

DP: Das alles dürfte ein längerer Prozess sein?

Münch: Natürlich – aber wir beginnen nicht bei null, wir sind schon auf dem Weg. Wir sollten uns aber auch klar machen, dass dieser Weg nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt enden wird: Das zeigt uns schon der Blick auf 70 Jahre BKA-Geschichte und die Entwicklung von Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland seit Gründung der Bundesrepublik. Wir sind gut aufgestellt, darauf können wir aufbauen – und das sollten wir auch mit der gebotenen Geschwindigkeit tun, denn die Kriminalität wartet nicht auf uns.

Und das bringt mich zu einer weiteren Aufgabe, die den Blick mehr nach Innen richtet: So wie wir im Außen, also in unserem polizeilichen Handeln und mit unseren polizeilichen Instrumenten, Strukturen und Prozessen veränderungsbereit sein müssen, so müssen wir auch unsere Art, im Innen miteinander zu arbeiten und zu führen, immer wieder auf den Prüfstand stellen.

DP: Was fehlt den Polizeien, um vor diesem Hintergrund bestmöglich aufgestellt zu sein?

Münch: Der Blick auf unsere BKA-Geschichte zeigt eindrucksvoll, wie sehr sich nicht nur unsere Aufgaben und Befugnisse, sondern auch unsere Mitarbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten verändert haben: Von etwa 230 Beschäftigten im Gründungsjahr 1951 zu heute rund 8.000 Beschäftigte aus 70 verschiedenen Berufsfeldern. Wir brauchen diese Vielfalt, und wir brauchen Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und die eben beschriebenen nötigen Veränderungen mit voranzutreiben – nicht nur im BKA, sondern in der gesamten deutschen Polizei.

DP: Das unterschreiben wir gerne.

Münch: Das kann aber nur funktionieren, wenn wir als Organisationen für diese Menschen auch attraktiv sind und ihnen den Raum geben, sich entsprechend einzubringen und zu entfalten. Dazu müssen wir als Führungskräfte mehr am Ergebnis führen: durch Ziele und klare Leitplanken Orientierung schaffen, gute Prozesse organisieren, aber den Weg nicht im Detail vorgeben. Wir müssen loslassen, vertrauen und ermutigen, damit die Vielfalt von Erfahrungen, Qualifikationen und Ideen in unseren Belegschaften

”
Die digitale Präsenz
und Kommunikation
der Polizeien
hierzulande muss
Fahrt aufnehmen.

ten optimal genutzt werden kann. Im Bundeskriminalamt haben wir deshalb nicht nur unsere Regelungen zur Arbeitszeit und zum mobilen Arbeiten noch weiter flexibilisiert und unsere technische Ausstattung entsprechend angepasst; wir haben auch unsere Führungsdialoge ins Leben gerufen: Ein agiler Prozess, in dem wir gemeinsam unser Führungsverständnis überprüfen und es zu zeitgemäßen Führungsgrundsätzen weiterentwickeln.

DP: Und der Blick auf die Polizei von außen?

Münch: Gleichzeitig müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir ein stabiles, gemeinsames Fundament haben: Unsere Verankerung in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, unsere Werte und unser polizeiliches Selbstverständnis. Wir haben dazu verschiedene Maßnahmen ergriffen, unter anderem ein Forschungsprojekt initiiert und einen Wertebauftragten installiert, um eine stetige Auseinandersetzung mit unseren Werten zu fördern, einen gemeinsamen Wertekanon zu erarbeiten und dafür Sorge zu tragen, dass diese Werte bei uns auch gelebt werden können.

Das ist neben der Bewältigung der eben geschilderten Anpassungsbedarfe eine der

wichtigsten Aufgaben für eine moderne und zukunftsfähige Polizei. Denn nur so können wir das Vertrauen der Menschen gewinnen und bewahren. Sie müssen sich sicher sein können, dass wir mit unseren polizeilichen Befugnissen verantwortungsvoll und verhältnismäßig umgehen: strikt nach rechtsstaatlichen Prinzipien sowie gesetzlichen Vorgaben und stets im Sinne der Grundsätze von Freiheit und Sicherheit, sowohl im analogen wie im digitalen Raum.

DP: Wie können gestaltende, konstruktive Elemente von Protestbewegungen wie „Querdenken“ besser aufgefangen und integriert werden, um Radikalisierung zu vermeiden?

Münch: Wir müssen als Gesellschaft, dort, wo es möglich ist, im Dialog mit den Protestierenden bleiben und die Herausforderung annehmen, die darin besteht, die Ursachen für den Protest zu erkennen und Antworten zu finden. Das ist schon deshalb wichtig, damit Proteste nicht zu Radikalisierungen führen und in Gewalt münden, wie es im Zusammenhang mit den Corona-Protesten bereits leider schon geschehen ist: Für 2020 wurden mehr als 3.500 politisch motivierte Straftaten gemeldet, die im thematischen Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie stehen – davon rund 40 Prozent im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen.

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die Voraussetzungen für eine solche konstruktive Auseinandersetzung nicht immer gegeben sind: Unsere bisherigen Beobachtungen zu den „Querdenken“ deuten darauf hin, dass hier weniger eine konstruktiv gestaltende Haltung handlungsleitend ist, sondern vielmehr eine radikale Protest- beziehungsweise Antihaltung gegenüber dem politischen System im Allgemeinen und den Corona-Maßnahmen im Besonderen. Konkrete präventive Anknüpfungspunkte lassen sich deshalb aktuell nur schwer erkennen.

DP: Das BKA veröffentlichte jüngst das Lagebild zur Gewalt gegen Polizeibeschäftigte. Die Zahlen steigen – immer noch. Wie kann die Polizei gegensteuern, und wo kann sie keinen Einfluss nehmen?

Münch: Die Förderung einer Kultur des gegenseitigen Respekts und der gewaltfreien



BKA-Präsident Holger Münch:
Prominenter Gast bei der Oktobersitzung
des GdP-Bundesvorstandes in Berlin.

gesellschaftlichen Auseinandersetzung im Konfliktfall ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Zahlen sind alarmierend, auch was Angriffe auf Angehörige von Feuerwehr, Rettungsdienst und ärztlichem Notdienst angeht.

Wir sind als Polizei gefordert, den Menschen durch unser Handeln immer wieder deutlich zu machen: Wir sind für euch und nicht gegen euch im Einsatz – gerade auch in sogenannten Problemvierteln und Hot Spots. Und wir können durch eigenes vorbildliches Handeln und die stete unbedingte Verhältnismäßigkeit und Rechtmäßigkeit unseres Mitteleinsatzes unseren Beitrag leisten.

DP: Was bedeutet das praktisch?

Münch: Praktisch bedeutet das für uns vor allem gute Kommunikation und Deeskalation. Deshalb sollten wir uns bei der Präven-

tion von Gewalt gegen Polizeibeschäftigte nicht allein auf technische Lösungen verlassen. Bodycams beispielsweise können zwar in manchen Fällen Gewalttaten gegen Kolleginnen und Kollegen verhindern, das Problem aber letztlich nicht lösen. Entscheidend ist und bleibt eine gute Aus- und Fortbildung, in der wir die Warnzeichen für Eskalation vermitteln und zeigen, mit welchen Kommunikationstechniken der Eskalation entgegengewirkt werden kann.

DP: Und die Nachwirkung von Gewalttaten auf die Einsatzkräfte?

Münch: Mindestens genauso wichtig ist, dass wir uns gut um jene Kolleginnen und Kollegen kümmern, die im Dienst Opfer von Gewalttaten wurden: Durch eine konsequente Nachbereitung, die nicht nur einsatztaktische Aspekte betrifft, sondern auch in den Blick nimmt, wie es der betroffenen

Person nach dem Angriff geht und entsprechende Hilfsangebote bereithält – und zwar unabhängig davon, ob es eine nennenswerte körperliche Verletzung gab. Das ist nicht nur wichtig für die Arbeitszufriedenheit und psychische Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen, es ist auch Beitrag zur kontinuierlichen Verbesserung der Einsatzbewältigung.

Was wir als Polizei nicht lösen können, sind die strukturellen Probleme, die Gewalt allgemein, und auch solche gegen Polizeiangehörige und Rettungskräfte wahrscheinlicher machen: Soziale Klüfte reduzieren; allen Menschen in unserem Land von klein auf die Kompetenz vermitteln, Konflikte gewaltfrei zu lösen – das sind Aufgaben, die können nur durch gesamtgesellschaftliche Anstrengungen bewältigt werden.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

ANZEIGE

Exklusive Rabatte

auf Mobilfunk,
Internet und
Festnetz für
GdP-Mitglieder

☎ 0911/47 733 733

🌐 <https://gdp.vorteilsangebote.de>



AB SOFORT HABEN DP-LESENDE DIE WAHL!

Print oder digital



Liebe Leserschaft,

viele von Ihnen, von Euch, sind der „DP – DEUTSCHE POLIZEI“ seit Jahren, manche seit Jahrzehnten, eng verbunden. Nachdem die DP-Redaktion im Frühjahr 2020 das Layout des Magazins renoviert hat, steht nun ein weiterer bemerkenswerter wie bedeutender Schritt bevor. Ab sofort können Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei wählen, ob sie ihre DP noch in den Briefkasten gelegt bekommen wollen, oder sie als digitale Version beziehen möchten.

Dies hat der GdP-Bundesvorstand (BV) hat auf seiner Sitzung Ende Oktober in Berlin entschieden. Damit reagiert die GdP dem Gremium zufolge einerseits auf die zuneh-

menden Wünsche vor allem jüngerer Mitglieder, die ihre digitalen Lesegewohnheiten stärker berücksichtigt wissen möchten. Andererseits sei diese Entscheidung auch als ökologisch-motivierter Beitrag zu verstehen.

Wer sich für die DP-Digital entscheidet, folgt bitte diesem Link: www.gdp.de/dp-digital. Der Nutzer wird zunächst aufgefordert, sich in den GdP-Mitgliederbereich einzuloggen. Wer dies zum ersten Mal macht, dem wird dort leicht verständlich erklärt, wie das geht. Danach folgt die Option „DP Bezug“ mit den Auswahlmöglichkeiten Print oder digital. Noch wird die DP-Digital als pdf-Version ausgeliefert. Der VER-

LAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR (VDP) und die DP-Redaktion arbeiten jedoch intensiv daran, in absehbarer Zeit eine moderne, ansprechende, auf allen Endgeräten gut funktionierende Digitalversion anbieten zu können.

Lesenden, die sich gegen die digitale Version entscheiden und noch gerne eine gedruckte Zeitung in der Hand halten wollen, wird weiterhin ihre DP als Zeitschrift nach Hause geliefert. Für Sie und Euch ändert sich nichts. Es ist nicht notwendig, an irgendeiner Stelle aktiv werden zu müssen.

Ihre und Eure DP-Redaktion

Gelesen

BLICKPUNKT „PROBLEMKIEZ“

Motivierende Weisheiten – ehrliche Antworten

Mit „100 Weisheiten, um das Leben zu meistern. Selbst wenn du aus dem Ghetto stammst“ legt der in dem stark von muslimischen Einwandererfamilien geprägten Berliner Stadtbezirk Wedding aufgewachsene deutsch-iranisch-israelische Autor Arye Sharuz Shalicar sein drittes Buch vor.

Sven Hüber

Shalicar, bis 18. Lebensjahr selbst tief in der „Kanack“-Subkultur der migrantischen Jugend mit Großfamilien, Graffiti, Jugendkriminalität und Gangs verstrickt, beschreibt in zehn kurzen und auf seinen eigenen Erfahrungen beruhenden Kapiteln, welche motivierenden, aktivierenden, ehrlichen Antworten auf die Lebenssinnfragen sogenannter Ghetto-Kids möglich sind.

Das Buch richtet sich an junge Menschen mit und ohne ausländische Wurzeln, die sich „wie die allerletzten Ärsche fühlen, ... wie die letzten Loser. Niemand will sie haben. Niemand glaubt an sie ... Sie fühlen sich als das ‚andere Deutschland‘“. Shalicar formuliert an sie 100 selbst ausprobierte Rat-

schläge, wie sie trotz Herkunft, Resignation und schlechter Erfahrungen ihr Leben in den Griff bekommen und zu einer „gesunden Schraube im System“ werden können.

Der Autor geht auf alle denkbaren Lebenssituationen ein – Schule, Arbeitsplatz, Konflikt in der Familie. Er gibt Tipps, wie man sich kleine und große Ziele setzen und erreichen kann, greift jedoch auch emotionale Herausforderungen wie Einstellung zu Respekt und Würde, den Umgang mit Hassgefühlen, die Gesichtswahrung und die Kritikfähigkeit auf. Das Buch lebt von seiner klaren, verständlichen Sprache und der Empathie, mit der er sich der Gruppe der Heranwachsenden, die am Scheideweg zwischen Zukunft ver-



Arye Sharuz Shalicar, **100 Weisheiten, um das Leben zu meistern. Selbst wenn du aus dem Ghetto stammst**

FBV München 2021,
gebundene Ausgabe, 252 Seiten,
14,99 Euro, ISBN 3959723822

bauen oder Leben in den Griff bekommen stehen, zuwendet. Im Gegensatz zu Büchern, in denen Polizeikolleginnen und -kollegen ihre dienstlichen Erlebnisse in dieser oft als Parallelwelt wahrgenommenen Lebenswirklichkeit deutscher Städte beschreiben, lädt Shalicar dazu ein, sich einmal auf die andere Seite des Tisches zu setzen, die Gefühls- und Gedankenwelt der als „Problem-Kids“ wahrgenommenen kennen zu lernen und passende Antworten für sie zu finden.

Das Buch ist eine überaus lohnende Lektüre, sowohl für Polizistinnen und Polizisten in Problembezirken und „Ghettos“, als auch für alle, die Inspiration und Anregung suchen, Zugang zu den vermeintlich Verlorenen des „anderen Deutschland“ zu finden und mit dem Wort als stärkste Waffe um sie zu kämpfen. ■

ANZEIGE

DVZ DATENVERARBEITUNGSZENTRUM MECKLENBURG-VORPOMMERN GMBH



IT-FORENSIK

- DATENSICHERUNG VOR ORT
- UNTERSUCHUNG VON MOBILEN & STATIONÄREN DATENTRÄGERN
- FORENSISCHE ANALYSE & AUSWERTUNG
- ERSTELLUNG RICHTS-VERWERTBARER GUTACHTEN
- SCHULUNGEN & WISSENSTRANSFER

DVZ Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern GmbH
Der IT-Dienstleister der Landesverwaltung M-V - Lübecker Straße 283 | 19059 Schwerin

WWW.DVZ-MV.DE



TARIFRUNDE 2021

Momentaufnahme: Nach der ergebnislosen zweiten Verhandlungsrunde für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder schwor GdP-Tarif-Chef René Klemmer die Mitglieder auf Warnstreiks ein: „Zieht euch etwas Warmes an. Wir sehen uns auf der Straße!“ Ende November sollte in Potsdam weiterverhandelt werden.

Innenleben

SITZUNG DES BUNDESFRAUENVORSTANDES

Endlich wieder in Präsenz



Nach zwei Jahren Video- und Telefonkonferenzen hat sich der Bundesfrauenvorstand (BFV) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Anfang November in Potsdam endlich wieder in Präsenz treffen können.

#FRAUEN
ROCKEN
DEN WANDEL

8. Bundesfrauenkonferenz
14. - 15. 02. 2022 · Potsdam



Gewerkschaft der Polizei

Erika Krause-Schöne

Die Gewerkschafterinnen tauschten sich zur gegenwärtigen Situation der Frauenarbeit unter Corona-Bedingungen aus. Es zeigte sich, dass in Ländern und Bund die Probleme identisch sind. Für den kreativen und emotionalen Austausch fehlten den Kolleginnen Mimik und Gestik, die das gesprochene Wort authentisch unterstützen.

Themen der BFV-Sitzung waren nicht nur die regionalen Berichte, sondern auch Informationen zur DGB-Bundesfrauenkonferenz, die im November stattgefunden haben wird, sowie eine Ideensammlung zum Internationalen Frauentag am 8. März. Breiten Raum nahmen die Vorbereitungen zur 8. Bundesfrauenkonferenz Mitte Februar ein, darunter die detaillierte Konzeption der Workshops. Dennoch liegt viel Arbeit vor uns Frauen. ■

ANZEIGE

ES WEIHNACHTET BALD!

Damit Schenken wieder Spaß macht, erhalten GdP-Mitglieder mit dem unten stehenden Code exklusiv **10% Rabatt** auf das gesamte Sortiment*

RABATT-CODE

10%x20_GdP21

www.greenmobility24.de

*Rabatt-Code beim Check-Out eingeben - Aktion gültig bis 31.01.2022
Nicht mit anderen Rabatten kombinierbar

GREEN
MOBILITY₂₄





Foto: Tobias Amegger/stock.adobe.com

1. DIGITALES GdP-VERKEHRSFORUM

Verkehrspolizei im Blick

Mehr als 40 bundesweit zugeschaltete Kolleginnen und Kollegen erörterten Mitte Oktober auf dem 1. Digitalen Verkehrsforum der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aktuelle Fragen und künftig relevante Aspekte des Verkehrsgeschehens sowie der Verkehrspolitik. Michael Mertens, für diesen Bereich im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand verantwortliches Mitglied, lud die Teilnehmenden zu einem intensiven Austausch ein.

Michael Zielasko

Es gehe darum, so Mertens, politische und gewerkschaftliche Themen in den Fokus zu rücken, die von der GdP im Bereich Verkehr dann weiter vorangetrieben werden. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung setzte als amtierender Präsident des Deutschen Städtetages in seinem Grußwort ein engagiertes Zeichen für mehr Sicherheit und forderte größeren kommunalen Gestaltungsspielraum im städtischen Straßenverkehr. Angesichts dessen betonte GdP-Vize Mertens, zugleich Landeschef im verkehrsreichen Nordrhein-Westfalen, die Absicht seiner Organisation, sich weiterhin mit der Verkehrsüberwachung als zentralem Teil polizeilicher Arbeit beschäftigen zu wollen.

Bußgeldkatalog in Kraft

Die novellierte Bußgeldkatalog-Verordnung, und damit auch ein neuer bundeseinheitlicher Tatbestandskatalog (BT-KAT-OWI) sind am 9. November 2021 in Kraft getreten. Finalisiert hatte diese Entscheidung der Bundesrat auf seiner Sitzung Mitte Oktober. Das Gremien fasste dort ebenfalls eine Entschließung, mit der er die Bundesregierung bat, „eine Erhöhung der Verwarnungsgrenze von derzeit 55 Euro für Verkehrsordnungswidrigkeiten zu prüfen“ – eine zentrale Forderung der GdP-Stellungnahme im Verordnungsgebungsverfahren.

Mit vier thematischen Schwerpunkten befassten sich die GdP-Verkehrsexpertinnen und -experten: zum einen, die Digitalisierung, das automatisierte Fahren sowie dessen Wirkung auf die verkehrspolizeiliche Arbeit. Dann die polizeiliche Ausstattung und die Modernität der Technik in der Verkehrsüberwachung. Ebenso die Modernisierung der Rechtsgrundlagen im Straßenverkehr sowie zu guter Letzt die Stärkung der Wahrnehmung und des Ansehens der polizeilichen Arbeit im Verkehrsbereich.

Zu wenig

Festgestellt wurde eine zu geringe Personaldichte. Die Verkehrsarbeit könne nur noch unter großen persönlichen Anstrengungen und übermäßigem Einsatz erbracht werden. Wie in anderen Bereichen der Polizei kämpfe man gegen Überstunden und Überlastung an. Die Verkehrsüberwachung werde offenbar als weniger wichtig wahrgenommen, dabei bräuchte es besser bewertete Stellen. Beklagt wurde zudem ein teils deutlicher Mangel an zugewiesenem fachlich ausgebildetem Personal. Erst recht, weil Verkehrsaufgaben durch moderne Technik und den Digitalisierungsprozess komplexer und vielfältiger würden. Ohne mehr technisch versierte sowie juristisch geschulte Kolleginnen und Kollegen könne man dem nicht gerecht werden. Das demografisch bedingte Wegbrechen langjähriger Fachexpertise verschärfe unterdessen dieses Problem. Neben besseren und erweiterten Aus- und Fortbildungs- sowie gezielten Nachwuchskonzepten könne sich womöglich das Anwerben externer Fachexpertise in einzelnen Bereichen als gewinnbrin-

gend darstellen. Flächendeckend zu schaffen seien zudem Strukturen für verkehrspolizeiliche Fachkarrieren von Tarifbeschäftigten.

Die Diskutierenden mahnten das im Vergleich zu anderen Arbeitsgebieten vermeintlich schlechtere Image der Verkehrspolizeien an. Gegensteuern könne man mit Kampagnen durch polizeiinterne Öffentlichkeitsarbeit, Social-Media-Aktivitäten, verbesserten Dienstpostenbewertungen sowie spürbaren Investitionen in Ausstattung und Technik. Schließlich sei es attraktiver, mit bestem und neuestem Material zu arbeiten. Wenig hilfreich sei, dass die polizeiliche Geschwindigkeitsmessung, das sogenannte Blitzen, noch immer mit Abzocke gleichgesetzt werde. Womöglich trage auch die in einigen Ländern fehlgeschlagene Aufgabenkritik – bestimmte Arten von Unfällen nehme die Polizei dort nicht mehr auf – zur angekratzten Wertschätzung bei.

Die Teilnehmenden setzten sich für einen flächendeckenden Einsatz von Verkehrsbeeinflussungsanlagen auf Bundesautobahnen aus. Diese dienten nicht zuletzt der verbesserten Eigensicherung der Kolleginnen und Kollegen. Auch die in Niedersachsen eingeführte „Section Control“ sei ein Vorbild für das ganze Land. Als künftige Arbeitsfelder etikettiert wurden verbesserte Tech-

niken für Krad-Messungen, der bereits in Rheinland-Pfalz erprobte „Handy-Blitzer“, und ein ebensolcher für Lärmverstöße. Für das Verfolgen sogenannter Auto-Poser seien adäquate Lösungen, um Manipulationen festzustellen zu können, unabdingbar.

Viele Fragen offen

In einer digitalisierten Verkehrswelt brauche es für die Polizei zeitgemäße und gerichts-feste Kompetenzen. Zu klären wären: das Erkennen und Erfassen von zugelassenen und nicht zugelassenen Software-Veränderungen, der Einsatz von „Event-Data-Recordern“ sowie die Autorisierung und Rahmenbedingungen der Speicherung, Verwendung, Weitergabe und Löschung von Daten. Noch offene Rechtsfragen beim automatisierten Fahren seien zum Beispiel, ob der Hersteller eines Fahrzeuges als Zeuge gelten könne? Ebenso, ob künftig die Polizei bei einer Verfolgung von außen in autonome Fahrzeuge eingreifen dürfe, und welche Sicherheitsstandards gewährleisten, dass von extern auf digital vernetzte Fahrzeuge kein manipulierender Einfluss genommen werden kann und Manipulationen sich erkennen und nachweisen ließen?

Europaweite Standards

Vor dem Hintergrund zahlreicher offener Fragen zu Datenerhebungen, deren Sicherung wie Speicherung und des polizeilichen Zugriffs schlug das Expertenteam vor, Blackboxen mit standardisiertem Datenfundus – ähnlich dem Flug- oder Schiffsverkehr – möglichst europaweit einzusetzen. Vereinheitlichte Schnittstellen sowie eine entsprechende Auswertetechnik wären dabei obligatorisch. Geklärt werden müsse ebenso, wie Datenmanipulationen durch Dritte verhindert werden können. Zu beachten sei, dass die Aufzeichnung der Daten eigener Aktivitäten anders behandelt werden müssten als technisch-systemisches Handeln. Der jeweilige Hersteller sollte ferner verpflichtet sein, seinen Datenumgang transparent aufzuschlüsseln. Unabdingbar sei es, Polizei und Justiz bei künftigen Entwicklungen zu beteiligen.

Auch das Thema Bußgelder wurde erneut beraten. Da sei noch eine Menge Luft nach oben, so beispielsweise eine europäische Harmonisierung, härtere Sanktionen oder erweiterte Durchsetzungsbefugnisse vor Ort, die bis zur Beschlagnahme des Fahrzeuges reichten. ■

ANZEIGE

VDA

Verband der
Automobilindustrie

Europameister bei E-Autos,
Weltmeister bei Innovation,
Wirtschaftsmotor in Deutschland.

Klimaneutrale Mobilität bis spätestens 2045.
Das ist unser Ziel.

Die deutsche Automobilindustrie.

Innenleben



Ein(e) Fishbowl ist das neudeutsche Wort für „zweilagiger Stuhlkreis“. Im inneren Kreis sitzen der Moderator (orange) und die Diskutierenden (blau, grün), im äußeren sitzt das Publikum (grün). Wer aus dem Publikum einen Beitrag hat, setzt sich in der Mitte dazu (blau) und verlässt diese anschließend wieder.



JUNGE GRUPPE-Vorsitzender Martin Meisen bei der Bundesjugendvorstandssitzung im Oktober in Hannover.

JUNGE GRUPPE (GdP)

Von wegen Kaffeekränzchen

Das Ehrenamt: Für die einen Kaffeekränzchen mit Däumchendreher. Für die anderen Überstunden mit zusätzlichem Engagement für die Gesellschaft. Wie das Ehrenamt gestärkt werden kann, erörterte die JUNGE GRUPPE (GdP) mit Vertretern aus den Jugendorganisationen der Parteien.

Patrice Thurow

Oktober 2021, Hannover. Kaum zu glauben, aber wahr: eine Präsenzsitzung. Nach Monaten virtueller Meetings traf sich der Bundesjugendvorstand (BJV) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum ersten Mal wieder im echten Leben. Gemeinsam mit den Parteijugenden diskutierten die Gewerkschafter in einer sogenannten Fishbowl über

die „Stärkung des Ehrenamtes“. Mit dabei: Jusos (SPD), Julis (FDP) und die junge CDA – die Arbeitnehmervertretung der CDU. Die Junge Union, Grüne Jugend und Linksjugend hatten abgesagt oder absagen müssen.

Für die Teilnehmenden stand fest: Das Ehrenamt hat mehr Anerkennung verdient und muss gestärkt werden. Es dürfe erst gar

nicht die Haltung entstehen, dass diejenigen, die sich tatkräftig einsetzen, mit Sonderurlaub von einem Kaffeekränzchen zum Nächsten fahren würden und somit der Arbeit fernblieben.

Wer sich engagiert und im Ehrenamt tätig ist, weiß jedoch, wie viel Aufwand dahintersteckt. Umso wichtiger ist es, dass aktive Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler nicht müde werden, ihr zusätzliches Engagement für Dritte transparent darzustellen und stets aufs Neue zu erklären, was genau sie da eigentlich machen.

Familie und Beruf müssten mit dem Ehrenamt vereinbar sein und auch Kinder mitgebracht werden können, betonte Gernot Nahrung, Vertreter der jungen CDA. Stephan Schumann von den Jusos sprach sich für mehr hauptamtliche Strukturen und finanzielle Ressourcen zur Stärkung des Ehrenamtes aus, ebenso wie für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Helge Gülzau, Mitglied der jungen Liberalen, plädierte für mehr Sonderurlaub und für Strukturen, die es ermöglichen, dass in den Verwaltungen Ansprechpartnerinnen und -partner auch noch nach 15 Uhr erreichbar seien.

Um das notwendige Verständnis in der Gesellschaft für diese Maßnahmen zu schaffen, bedürfe es der aktiven Unterstützung aus der Politik. Sie müsse dem Thema Ehrenamt mehr öffentliche Präsenz geben, zeigten sich die Diskutierenden einig. ■

Hilfreich



GdP-Plus Partner

Unser Programm, exklusiv für Euch! Starke Unternehmen präsentieren attraktive Angebote speziell für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Starker Partner – attraktives Angebot

Mit unserem neuen GdP-Plus Partner Ledlenser begrüßen wir einen der führenden Anbieter für Taschenlampen in unserem GdP-Plus Partner-Programm.

Weitere Branchen folgen

GdP-Plus Partner wird stetig ausgebaut. Ihr dürft gespannt sein. Namhafte Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen sol-

len folgen. Wer das sein wird, erfahrt Ihr in Eurer DP. Jeder neue Partner präsentiert sich auf unseren Seiten zu Beginn der GdP-Plus-Partnerschaft und wird Euch dort regelmäßig über seine Angebote informieren.

Laufende Information auf Social-Media-Kanälen

Mit Posts auf den Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram der GdP Bund hal-

ten wir Euch über das GdP-Plus Partner-Programm auf dem Laufenden. Auch deswegen lohnt es sich also, die GdP Bund auf diesen Kanälen zu abonnieren!

Der Weg zu den Angeboten

Der Weg zu Eurem GdP-Plus Partner-Angebot ist ganz einfach: in Eurem Browser die Adresse **www.gdp.de/gdp-plus** eingeben, und schon kommt Ihr auf die Seite mit der Übersicht unserer Partner.

Wenn Ihr mit der Maus über das Logo eines Partners fahrt, findet Ihr eine kurze Erklärung seines Angebotes. Einfach auf den Link klicken und mit dem Easy-Login anmelden. Das Login bekommt Ihr auf der Seite ausführlich erklärt. Auf geht's zu den exklusiven GdP-Plus Partner-Angeboten und viel Spaß beim Stöbern – in eurem GdP-Plus Partner-Programm! ■

ANZEIGE



DAS PERFEKTE LICHT FÜR JEDEN EINSATZ



Innenleben

?
DREI FRAGEN AN
SVEN HÜBER



Hintergrund für Interessierte

„Zum äußeren Erscheinungsbild von Staatsdienern“ finden Interessierte in der Ausgabe „Die Personalvertretung 10/21“, S. 382 ff. eine detaillierte Aufarbeitung von Prof. Dr. Harald Bretschneider und Markus Peter.

BUNDESFACHAUSSCHUSS BEAMTEN- UND BESOLDUNGSRECHT TAGTE

... bloß keine Geschmacks- polizei!



Der Vorsitzende des BFA Beamten- und Besoldungsrecht, Sven Hüber.

Anfang November tagte der Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB) zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder in Präsenz. Ein Thema beschäftigte die Expertinnen und Experten ganz besonders: das Erscheinungsbild von Beamtinnen und Beamten. DP stellte dazu „Drei Fragen an“ den BFA-Vorsitzenden Sven Hüber.

Gudrun Hoffmann

DP: Lieber Sven, wie ist das Fazit der Fachleute bei diesem Thema?

Sven Hüber: Die Regelung, so wie sie jetzt im Beamtenstatusgesetz steht, ist bürokratischer Popanz. Sie ist an vielen Stellen unbestimmt, an anderen schießt sie über das Ziel hinaus. Die Formulierung „Erscheinungsmerkmale“, die durch eine „über das übliche Maß hinausgehende besonders individualisierende Art geeignet sind, die amtliche Funktion der Beamtin oder des Beamten in den Hintergrund zu drängen“, öffnet der Willkür einer „Geschmackspolizei“ Tür und Tor. Das geht gar nicht.

DP: Welche lebenspraktischen Fragen ergeben sich für Euch in der Anwendung des Gesetzes?

Hüber: Die Rückfrage im Fachausschuss ergab, dass es bisher noch wenig konkrete Vorschläge zur Umsetzung in den Ländern gibt. Für uns sind das Fragen wie: Was ist der sichtbare Bereich, der von Tattoos frei sein muss? Worauf kommt es da an, und gilt das zum Beispiel auch bei der Schwimmbildung? Bei Anwärtern wird teilweise schon geprüft, ob es sichtbare Tätowierungen gibt und dann entschieden, ob die Bewerberin oder der Bewerber geeignet ist.

Wie ist es aber bei unseren Bestandskolleginnen und -kollegen? Müssen die jetzt alle überprüft werden? Wenn ich plane, mich tätowieren zu lassen, gehe ich dann zum Vorgesetzten und bitte um Erlaubnis? Wie soll das praktisch laufen? Es gibt viele Fragen, die sich aus der Ausgestaltung des Gesetzes ergeben, und wir können den Kolleginnen und Kollegen überhaupt keine Hinweise geben, in welche Richtung die Praxis laufen wird.

DP: Polizisten repräsentieren den Staat. Müssen bestimmte Standards im Aussehen von Beamten nicht festgelegt werden, um diese Repräsentanz zu gewährleisten?

Hüber: Natürlich muss das äußere Erscheinungsbild geeignet sein, damit die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Polizei als Amtswalterin des Staates haben. Aber wir unterliegen doch einem gesellschaftlichen Wandel und müssen schauen, ob die Vorstellungen, wie eine Polizistin oder ein Polizist auszusehen hat, heute noch zeitgemäß sind. Die Politik ist gut beraten, sich diesem Wandel anzupassen. ■

Innenleben

DREI FRAGEN AN MEIKE TO BABEN

BUNDESFACHAUSSCHUSS SCHUTZPOLIZEI

Mehr psychische Belastungen

Im November tagte der GdP-Bundesfachausschuss Schutzpolizei (BFA Schupo) in Berlin. Nachdem der Ausschuss pandemiebedingt nur virtuell stattfand, gab es in der ersten Präsenzsitzung allerhand zu besprechen. Zudem wurde der langjährige Vorsitzende Björn Neureuter verabschiedet, der nunmehr die Stellvertreterrolle ausfüllen wird. An seine Stelle tritt Meike to Baben aus Nordrhein-Westfalen (NRW). DP hat mir ihr gesprochen.

Danica Bensmail

DP: Liebe Meike, herzlichen Glückwunsch zur Wahl als neue Vorsitzende des BFA Schutzpolizei. Es sind politisch spannende Zeiten, was steht aktuell inhaltlich im Bundesfachausschuss an?

Meike to Baben: Vielen Dank! Ich freue mich zunächst, dass ich ein tolles Team an die Hand bekommen habe und alle so motiviert sind, mitzuarbeiten. Wir sind jetzt am Ende der Wahlperiode und gehen nächstes Jahr in den Bundeskongress. Dementsprechend erarbeiten wir derzeit gerade neue Anträge, neue Aufgaben für die kommenden vier Jahre.

DP: Welche Themen stehen für dich dabei ganz oben?

to Baben: Was ich nach wie vor sehr wichtig finde, sind die Themen Ausrüstung und Personal. Was aber zunehmend wichtiger wird, sind Präventions- und Arbeitsschutz – insbesondere der Gesundheitsschutz. Die Einsätze, in denen wir

psychischen Belastungen ausgesetzt sind, werden in allen Bereichen der Polizei immer mehr. Ein für mich aktuelles und prägnantes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Flutkatastrophe in NRW und in Rheinland-Pfalz. Da waren die Kolleginnen und Kollegen wirklich Tag und Nacht im Einsatz. Die Belastungen, die daraus erwachsen können oder schon entstanden sind, dürfen auf keinen Fall in die Arbeit mitgenommen werden. Diese Einsätze müssen nachbereitet werden. Deshalb haben wir im Bundesfachausschuss einen besonderen Blick auf die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen des Wach- und Wechseldienst und des Streifendienstes.

DP: Was werdet ihr 2022 in den Fokus nehmen?

to Baben: Da möchte ich mich inhaltlich jetzt noch nicht festlegen. Wir sind 16 Bundesländer mit ganz unterschiedlichen Strukturen und ganz unterschiedlichen Schwerpunktthemen. Diese Vielfalt zu berücksichtigen ist auf jeden Fall eine Herausforderung. ■



Die neue BFA-Vorsitzende Meike to Baben.

Foto: Bensmail

ANZEIGE

EXKLUSIV FÜR SIE ALS GDP MITGLIED

5% RABATT AUF IHREN NÄCHSTEN EINKAUF BEI CONRAD!

1. GdP Plus Seite besuchen
2. Auf Conrad Kachel klicken
3. Exklusive Vorteile sichern!

CONRAD | BESCHAFFUNG. EINFACH. SCHNELL. UMFASSEND.

Rabatt gültig auf das gesamte Sortiment, außer auf Artikel der Marken Apple, DJI, Amazon und Sonos, Prepaid-/Geschenkkarten, DVDs/Blu-rays, Bücher und Kundenkarte PLUS+. 1x pro Privatperson. Gültig bis 31.12.2022 auf conrad.de oder in einer Conrad Filiale. Nicht mit anderen Vorteils-codes kombinierbar. Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen, pro Artikel max. 3 Stück.

Ein Angebot der Conrad Electronic SE, Conrad Electronic Stores GmbH & Co.KG (Angebot gilt nicht für Conrad B2B Shop Köln-Hürth), Conrad Electronic Regensburg GmbH & Co.KG und der Conrad Electronic Wernberg GmbH, alle Klaus-Conrad-Str. 1, 92240 Hirschau.

Innenleben

Bundeskontrollausschuss mit neuem Vorsitz



Foto privat

Oliver Kemme



Gewerkschaft
der Polizei
Bundesvorstand

Oliver Kemme ist neuer Vorsitzender des Bundeskontrollausschusses (BkonA) der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der 48-jährige Niedersachse tritt damit offiziell in die Fußstapfen seines Vorgängers Mario Gottschalk, der sich Ende 2020 aus Altersgründen von seinem Amt zurückgezogen hatte. Kemme fungierte seit dem Bundeskongress 2018 als dessen Stellvertreter und übte den BkonA-Vorsitz bis zu seiner Wahl Anfang Oktober kommissarisch aus. Unterstützt wird er durch den Nordrhein-Westfalen Hartmut Rulle, der als Stellvertreter wirkt, sowie Protokollführer Peter Busch (Rheinland-Pfalz).

Der BkonA wacht, so steht es in der Satzung der GdP, über die „ordnungsgemäße Durchführung der Beschlüsse des Bundeskongresses und der satzungsgemäßen Arbeit der Organe“. Die einzige Ausnahme bildet jedoch das Bundesschiedsgericht. Zugleich nimmt das Kontrollgremium Beschwerden über den Gewerkschaftsbeirat, den Bundesvorstand und den Geschäftsführenden Bundesvorstand entgegen. Auch die Kassenprüfberichte finden ihren Weg zu den GdP-Ordnungshütern. *mzo*

Brandenburgs Landeschef zurückgetreten



Foto: Veronika Müller

Andreas Schuster



Der langjährige Brandenburger Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Andreas Schuster, ist Ende Oktober

aus persönlichen Gründen von seinen Ämtern zurückgetreten. Das teilte der 62-Jährige in eigener Sache mit. Auf dem GdP-Landesdelegiertentag im Februar wird über die Nachfolge entschieden. Schuster war 31 Jahre GdP-Vorsitzender Brandenburgs.

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow dankte Schuster für seine jahrzehntelange gewerkschaftliche Tätigkeit. Er habe sich stets mit Nachdruck und Engagement für die Interessen der Polizistinnen und Polizisten eingesetzt, betonte Malchow auf der GdP-Bundesvorstandssitzung im Oktober.

Der langjährige Bundeskassierer war auf dem 25. Ordentlichen GdP-Bundeskongress 2014 unter großem Beifall der Delegierten aus dem Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) der GdP verabschiedet worden. Der Erste Kriminalhauptkommissar aus Döbbrick in Brandenburg war 16 Jahre GBV-Mitglied und amtierte seit dem GdP-Bundeskongress in Bremen im Jahre 1998 als Bundeskassierer. Während dieser Zeit war er mit dem Finanzhaushalt der Gewerkschaft sowie mit der Führung der GdP-Wirtschaftsunternehmen betraut. Sechs Jahre zuvor, auf dem Außerordentlichen GdP-Bundeskongress in Braunschweig 1992, wurde er bereits als stellvertretender Bundeskassierer in den GBV gewählt.

Der Lausitzer trat 1989 in die GdP ein. Als Polizeibeamter war der studierte Finanzökonom im Bereich Wirtschaftskriminalität eingesetzt. *wsd*

Schleswig-Holstein: Torsten Jäger im Amt bestätigt



Foto: Thomas Gründemann

Torsten Jäger (r.) mit Oliver Malchow

Torsten Jäger bleibt Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Schleswig-Holstein. Bei ihrem 32. Gewerkschaftstag in Travemünde bestätigten die 81 Delegierten den 57-jährigen Kieler einstimmig für weitere vier Jahre.

Jäger münzte den überwältigenden Vertrauensvorschuss auf die erfolgreiche Teamarbeit der vergangenen vier Jahre um. „Dieses großartige Wahlergebnis bestätigt uns, den gewerkschaftspolitischen Weg der GdP weiter zu gehen“, betonte er. Zu den ersten Gratulanten Jägers zählte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.

„Mit seiner Unparteilichkeit und gleichzeitigen Offenheit gegenüber den demokratischen Parteien hat sich Kollege Jäger die Anerkennung bei den Regierungsparteien und der demokratischen Opposition erarbeitet“, würdigte Malchow den Ersten Polizeihauptkommissar. Im Bundesvorstand vertrete dieser die Sichtweisen und Interessen des Landesbezirks in ruhiger und besonnener, jedoch unmissverständlicher Art. Jägers Wort habe Gewicht, dabei wirke er sehr ausgleichend, unterstrich der GdP-Chef.

Unterstützt wird Jäger künftig durch seine beiden Stellvertreter Andreas Kropius und Sven Neumann sowie Thomas Meritin (Kassierer), Sonja Blaas (Stellvertretende Kassierer), Imke Kalus (Schriftführerin), Sebastian Kratzert (Stellvertretender Schriftführer) und Reimer Kahlke (Beisitzer Nachberuflichkeit).

Unter dem Motto „Zukunft.Gemeinsam. Gestalten. GdP SH. #mitklarerhaltung“ demonstrierte der 32. Delegiertentag thematisch große Geschlossenheit. So sprachen sich die Delegierten in einer Resolution für die Wiederherstellung der Ruhegehaltspflicht der Polizei- und sogenannte Gitterzulagen aus.

Mit Ministerpräsident Daniel Günther sowie Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack freuten sich die Kolleginnen und Kollegen hochkarätige politische Gäste begrüßen zu dürfen.

Der Landesbezirk verzeichnet steigende Mitgliederzahlen. Aktuell sind in der GdP Schleswig-Holstein über 6.000 Mitglieder organisiert.

Thomas Gründemann

Thüringen mit neuer Vorsitzenden – Gratulation an Mandy Koch



Foto: GdP Thüringen



Mandy Koch

Mitte November hat der Landesvorstand der GdP Thüringen die 39-jährige Polizeihauptkommissarin Mandy Koch einstimmig zur neuen Vorsitzenden gewählt. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow gratulierte telefonisch. Die nächsten Vorstandswahlen stehen für die neue GdP-Chefin jedoch schon Ende März 2022 auf dem nächsten Landesdelegiertentag an. Bis dahin, so der Landesvorstand, ermögliche ihr die Wahl, sich in das Amt einzuarbeiten.

Kollegin Koch hat von 2003 bis 2006 die Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst absolviert. Danach war sie in verschiedenen Verwendungen in der Landespolizeidirektion Erfurt tätig. 2015 hat der Leiter der Landespolizeiinspektion (LPI) Erfurt die Beamtin auf Vorschlag der weiblichen Beschäftigten zur Gleichstellungsbeauftragten berufen. Seit 2017 wirkt sie auf Geheiß des Innenministers in der gleichen Funktion für die gesamte Thüringer Polizei. So kennt also die Gewerkschafterin die Landespolizei und ihre Probleme aus erster Hand. Koch ist im Innenministerium und bei den Polizeidienststellen keine Unbekannte. Das dürfte ihr im Amt der GdP-Landesvorsitzenden sehr zugute kommen.

Gewerkschaftlich hat sich Koch besonders in der Frauengruppe engagiert. Nach dem Rücktritt des ehemaligen Landesvorsitzenden Kai Christ hat sie sich in einem Auswahlverfahren als gewillt und geeignet für ihre neue Funktion gezeigt. Ihre Wahl fiel daher einstimmig aus. Der Landesvorstand sagte ihr zudem die Unterstützung aller Gliederungen der GdP Thüringen zu.

Edgar Große

**Wir wünschen allen
Kolleginnen und Kollegen
frohe Weihnachten und
einen guten Rutsch.**



Hingeschaut



Zum Download
des DGB-Indexes
„Gute Arbeit“ 2020

DGB-INDEX „GUTE ARBEIT“

Ein frischer Wind muss her

Seit 2007 erhebt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) jährlich den Index „Gute Arbeit“. Dieser illustriert Arbeitsbedingungen, Arbeitsintensität sowie deren Folgen aus der Perspektive der Beschäftigten. DP-Autor und GdP-Bundesvize Jörg Radek blickt in den Bericht und auf die Polizei.



Jörg Radek

Der aktuelle Index mit dem Titel „MEHR ALS HOMEOFFICE – MOBILE ARBEIT IN DEUTSCHLAND“ zeichnet einen Silberstreif am Horizont. Doch auch dieses sanfte Leuchten kann nicht über die düsteren Wolken hinwegtäuschen. Der Himmel zieht weiter zu. Warum? Stichwort: Personalaufwuchs. Die löcherige Personaldecke der Polizeien hierzulande wurde 2016 in die Reparatur gegeben – mit unterschiedlich blickdichten Ergebnissen. Viele Beschäftigte führen erneut das Missverhältnis zwischen zu bewältigender Arbeitsmenge und der Zeit an, die für das Erledigen dieser vorgesehen ist.

Die Wirkungen und Folgen der Arbeitsverdichtung drücken sich in immenser Erschöpfung aus. Unsere Kolleginnen und Kollegen können sich nicht mehr richtig erholen. Die Regenerationsfähigkeit nimmt ab, das gesundheitliche Risiko für Körper und Seele steigt. Das Beste, um die dichte Wolkendecke zu vertreiben, ist ein frischer Wind, also eine spürbar verbesserte Personalausstattung. Hinweise aus manchen Ländern machen jedoch nachdenklich.

Noch eines ist zu beachten: Aus unserer polizeilichen Perspektive wird deutlich, dass es einer eindeutigen Antwort bedarf, wenn es

heißt, die Polizei solle zusätzliche Aufgaben übernehmen. Teil der Antwort sollte zwingend sein, welche Aufgaben dann „liegen bleiben“ oder schlicht vernachlässigt werden dürfen. Die Verantwortung dafür sollte jedoch nicht die Polizei tragen müssen.

In der dem DGB-Index „Gute Arbeit“ zugrunde liegenden Befragung gaben 45 Prozent der Befragten aus dem öffentlichen Dienst (öD) an, sehr häufig oder oft wegen fehlenden Personals mehr arbeiten zu müssen. Personalknappheit als Ursache für Mehrbelastung ist im öD weiter verbreitet als in der Privatwirtschaft. Dort liegt der Wert mit 35 Prozent deutlich niedriger. Auf die Polizei übertragen: Freie Wochenenden werden gestrichen, Einsätze mit weniger Personal „gefahren“, als zuvor angefordert wurde.

„Mach mal Pause...“

Die erholsame Wirkung von Pausen ist unbestritten. Ob zwischen Arbeitstagen oder während der Arbeitszeit, Pausen sind wichtig, um fit und gesund zu bleiben. Doch immer häufiger kann nicht abgeschaltet werden. 45 Prozent der Beschäftigten teilten

mit, dass sie sehr häufig oder oft selbst in der arbeitsfreien Zeit nicht abschalten können.

Zurück zum polizeilichen Blickwinkel: Nicht nur Kolleginnen und Kollegen, die Opfer von Gewaltattacken des polizeilichen Gegenübers geworden sind, haben oder behalten sogar belastende Bilder im Kopf. Einfach einmal abschalten ist tatsächlich leichter gesagt als getan. Dass Erholungspausen verkürzt oder ganz ausfallen, erleichtert die Situation nicht. Die negative Wechselwirkung zwischen Personallücken und der Mangelware Erholungspausen ist nicht zu übersehen.

Nachhaltigkeit fehlt

In einer personellen Gesamtschau fällt die Bilanz mit einem Plus von 7.055 zwar prinzipiell positiv aus. Doch fehlt die Nachhaltigkeit. Ein Blick auf die sogenannten Ruhestandsdaten bis 2025 von bis zu 50.000 Beschäftigten muss dazu ins Verhältnis gesetzt werden. Auch das Plus von 31.412 von 2012 bis 2020 kann darüber nicht hinwegtäuschen. Erkennbar ist lediglich ein leichter Personalanstieg in der Personalausstattung seit 2016 – ein Jahr nach der von großem Interesse begleiteten GdP-Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“!

Unter dem Strich heißt dies, dass der erfolgte Aufwuchs nicht zukunftsfähig ist und Handlungsbedarf erfordert.

Damit ist es nicht getan. Für eine künftig gute Arbeit mit neuen Herausforderungen braucht die Polizei moderne Ausbildungsstätten, in denen Berufsanfängerinnen und -anfänger ihren auf sie zukommenden beruflichen Alltag trainieren können. E-Learning benötigt eine entsprechende digitale Infrastruktur. Weiterhin bleibt jedoch der Polizeiberuf ein Erfahrungsberuf. Dazu ist ein funktionierender Wissenstransfer der Praxiserfahrung vom baldigen Ruheständler zum Berufsanfänger nahezu unumgänglich. Dazwischen definiert aus der Entwicklung des Alltags heraus ein erheblicher Bedarf an Fortbildung.

Aus diesem Personalreport ergibt sich: den personellen Aufwuchs verstetigen, die Qualität der Arbeit durch Aus- und Fortbildung sichern, die Polizei als Arbeitgeber attraktiver machen.

Ich bin gespannt auf den nächsten DGB-Index „Gute Arbeit“. ■

STEUERERKLÄRUNG FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

Für das Steuerjahr 2021

Von **Sven Gareiß**.



3. Auflage 2021

Umfang: 272 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 21 cm

Preis: 12,50 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0905-9

Gerade der Polizeiberuf bringt eine Vielzahl von Besonderheiten mit sich, die auch für die jährliche Steuererklärung von Bedeutung sind. Dieser Ratgeber verschafft Polizeibediensteten einen tiefgreifenden Überblick, was sie steuerlich geltend machen können und hilft ihnen dabei, diese Ansprüche gegenüber dem Finanzamt durchzusetzen. Der Aufbau und die Darstellung folgt dabei den aktuellen Steuerklärungsvordrucken.

Auch in dieser Neuauflage begleitet der Autor den Leser Schritt für Schritt von der Erstellung der Steuererklärung bis hin zu einem möglichen Einspruchsverfahren gegen den erfolgten Steuerbescheid. Einen strukturierten Überblick über die Materie erhalten die Nutzer durch die durchgängig genutzten Symbole („Hinweis“, „Merke“, „Achtung“, „Rechtsquelle“), die zudem das Verständnis für das Thema wesentlich erleichtern. Gleiches gilt für die zahlreichen Berechnungsbeispiele wie auch Musterfälle, die der Autor mit einbringt.

Neu in dem Buch aufgenommen wurde zudem ein eigenes Kapitel zum Thema „energetische Sanierung“ mit Hinweisen, dazu Maßnahmen am selbst genutzten Haus wie z. B. die Erneuerung von Fenstern oder der Heizungsanlage steuerliche Berücksichtigung finden können.

Damit bietet dieses Buch wertvolle Hilfe und Unterstützung bei der Steuererklärung, von der auch beschäftigte außerhalb der Polizei profitieren können. Denn schließlich geht es um ihr Geld!



DER AUTOR

Sven Gareiß, Dipl.-Finw. (FH), ist Sachgebietsleiter in einem Hamburger Finanzamt und war zuvor als hauptamtlicher Dozent an der Norddeutschen Akademie für Finanzen und Steuerrecht Hamburg tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Alles für Dich drin!



Das GdP-Plus Partner-Programm

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.

Jetzt einloggen und Vorteile checken!

www.gdp.de/GdP-Plus



Hast Du Fragen oder Anregungen?
Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an.
Reinhard Kaufmann hilft Dir gerne weiter.
E-Mail gdp-plus@gdp.de
Telefon 0211 7104 250

*Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!





Vom 31. Januar bis 1. Februar 2022 findet die 9. Bundessenorenkonferenz statt.

Wann

Mit der 8. Bundesfrauenkonferenz werden die Personenkonferenzen im Konferenzjahr am 14. und 15. Februar 2022 fortgesetzt.

In Potsdam, im Dorint Hotel Sanssouci.

Wo

In Potsdam, im Dorint Hotel Sanssouci.

111 Delegierte aus den Landesbezirken und den Bezirken BKA und Bundespolizei.

Wer

111 Delegierte aus 18 Landes- und Bezirksfrauengruppen sowie der Bundesfrauenvorstand.

Es werden über 40 Anträge aus vielen unterschiedlichen Bereichen wie altersgerechte Digitalisierungsangebote, Versorgungs- und Rentenfragen und auch eine „Wende“ in der Verkehrspolitik diskutiert. Die Antragsberatungskommission (ABK) hatte Anfang Oktober 2021 die Anträge erörtert und Abstimmungsempfehlungen erarbeitet. Außerdem wird der Geschäftsführende Bundessenorenvorstand (GBSV) gewählt.

Was

Mit dem Leitantrag „Wir Frauen - #selbstbestimmt im Wandel!“ greift die Frauengruppe drei Themenschwerpunkte auf:

1. Gleiche Chancen für Frauen und Männer in einem digitalisierten Dienstalltag
2. Vereinbarkeit von Beruf und Leben in und nach der Krise
3. Frauen in der Polizei

Für die 9. Bundessenorenkonferenz gelten aufgrund der pandemischen Situation besondere Voraussetzungen. Abschließende Informationen über mögliche Teilnehmerbeschränkungen und Hygienebestimmungen erhalten die Teilnehmenden persönlich so bald wie möglich.

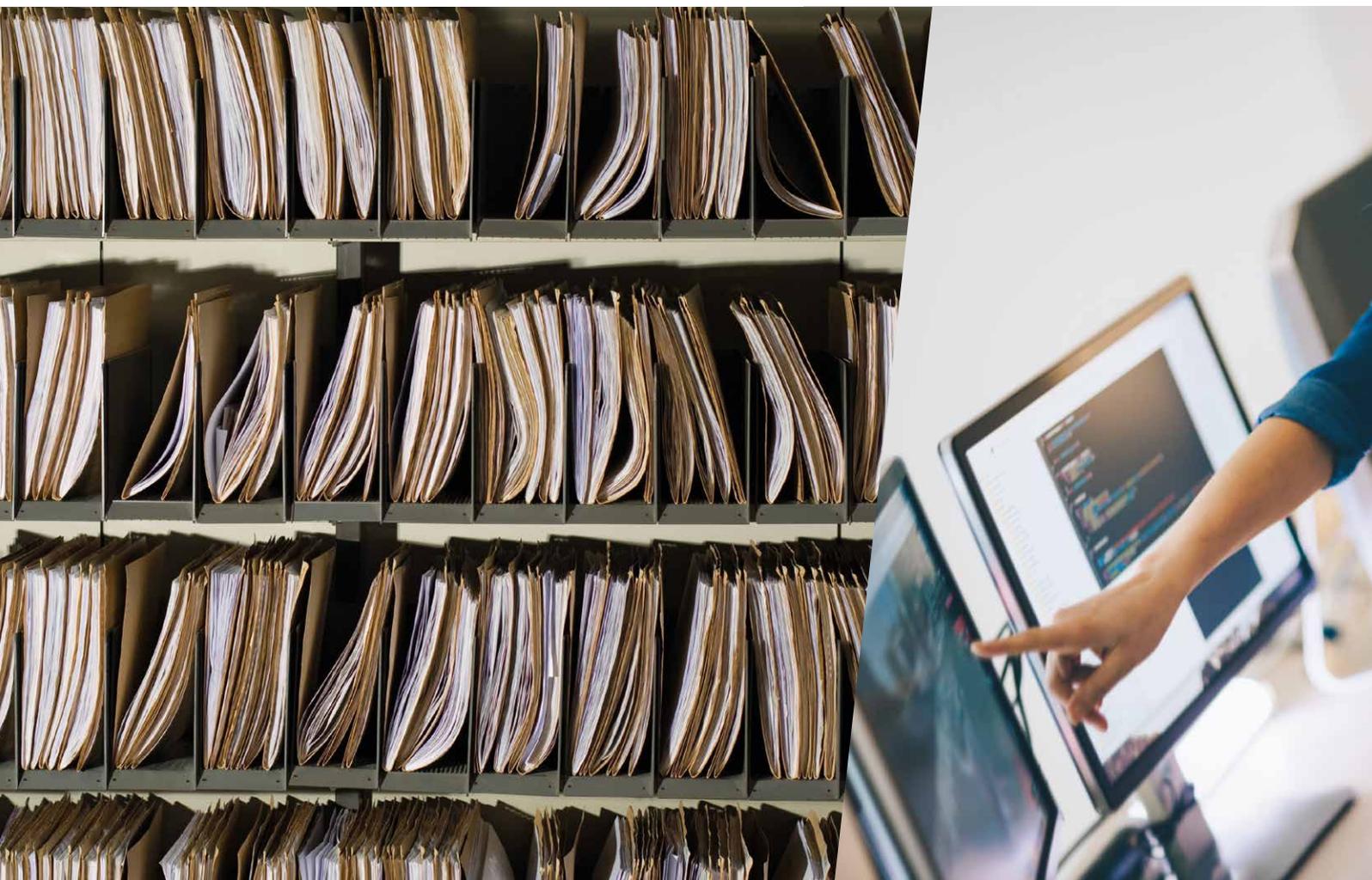
Wichtig

Die 8. Bundesfrauenkonferenz findet unter besonderen Pandemie-Voraussetzungen statt. Abschließende Informationen über mögliche Teilnehmerbeschränkungen und Hygienebestimmungen erhalten die Teilnehmenden persönlich sobald wie möglich.

„Einmischen – Einbringen – Einfordern: Erfahrung gestattet Zukunft“ – so lautet das Motto der 9. Bundessenorenkonferenz. Die GdP-Seniorinnen und -Senioren freuen sich auf die Diskussionen, die vielen guten Gespräche und das Wiedersehen.

„Wer die Besten will, darf und kann auf Frauen nicht verzichten!“ – unter diesem Leitmotiv blicken wir auf eine neue vierjährige Wahlperiode, in der es viel umzusetzen gibt. Wir Frauen rocken den Wandel!

Innenleben



BFA POLIZEIVERWALTUNG MIT NEUEM POSITIONSPAPIER

Damit der Laden läuft

Manche Klischees halten sich hartnäckig. Zum Beispiel die Verwaltung mit dem Hegen und Pflegen verstaubter Aktendeckel zu verbinden. Das ist schon längst kalter Kaffee, winkt Michael Laube, Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Polizeiverwaltung, ab. Sein Expertenteam hat ein neues Positionspapier veröffentlicht. Ein DP-Gespräch über Wertschätzung, Personalgewinnung und Digitalisierung.

Michael Zielasko

DP: Warum macht eine starke Polizeiverwaltung gute Polizeiarbeit noch besser?

Michael Laube: Die Polizeiarbeit kann nur mit einer starken Polizeiverwaltung funktionieren. Der operative Dienst muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren können und braucht dazu logistische und serviceorientierte Unterstützung. Dazu benötigen unsere schon sehr motivierten Kolleginnen und Kollegen jedoch Rahmenbedingungen, die es Ihnen ermöglichen, professionell aufgestellt zu sein.

DP: Das heißt genau?

Laube: Notwendige und zeitgemäße Infrastruktur, ganz einfach. Unsere Kolleginnen und Kollegen draußen sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Gebäude, ihre Ausstattung und personellen Angelegenheiten von einer starken Polizeiverwaltung administriert werden. Sie sollen sich auf ihren



Foto: Kai Design, NDA/CREATIVITY/STOCK.ADOBE.COM

Dienst konzentrieren können, ohne durch irgendwelche vermeidbaren Missstände abgelenkt zu werden.

Und wie ...?

Laube: Moment noch! Innovative Verbesserungen in der personellen- und technischen Ausstattung sowie der Aus- und Fortbildung – und es gäbe noch mehr zu nennen – müssen sich auch künftig in der Polizeiverwaltung wiederfinden lassen. Eine starke Polizeiverwaltung ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass das regulative Zahnrad im Hintergrund das operative im Vordergrund in Bewegung hält.

DP: Das musste noch einmal gesagt werden, oder?

Laube (lacht): Wenn wir hier die Gelegenheit bekommen, auf jeden Fall. Als Polizeiverwaltung werden wir in der internen Polizeiöffent-

lichkeit nicht wirklich als das wahrgenommen, was wir sind, nämlich unverzichtbar für eine funktionierende Aufgabenwahrnehmung der gesamten Organisation.

DP: Dazu führen wir ja dieses Interview. An welchen Stellen muss die „Organisation Polizeiverwaltung“ noch ins Fitnessstudio?

Laube: Die Polizeiverwaltung muss mit dem Digitalisierungsprozess auf gleicher Höhe laufen. Dabei dürfen wir ruhig ins Schwitzen kommen. Jedoch rückständig zu sein, nur zu reagieren, nur zuzuschauen, das ist der falsche Weg. Das heißt, Maßnahmen des E-Government müssen vorangetrieben werden. Neues Personal kann mit innovativen Angeboten leichter gewonnen werden. Auch unser Personal braucht Angebote, um die Polizeiverwaltung als attraktiven Arbeitgeber wahrzunehmen. Was dazu fehlt, sind halt die richtigen Rahmenbedingungen, die direkt auf die Personalgewinnung und -entwicklung wirken. Eigentlich fehlt uns das Fitnessstudio.

DP: Warum ist Polizeiverwaltung kein Langweiler?

Laube: Wegen der Vielseitigkeit. Das Klischee des grauen Büros mit Aktenbergen ist kalter Kaffee und spiegelt nicht unseren Arbeitsalltag wider. Die Polizeiverwaltung hebt sich von typischen Verwaltungsaufgaben ab. Wir erhalten tiefe Einblicke in praktische Polizeiarbeit. Das ist spannend. In keiner anderen Verwaltung wird so aktiv mitgewirkt. Kein Einsatz ohne Einsatzverpflegung oder Führungs- und Einsatzmittel, die beschafft wurden. Um professionelle Polizeiarbeit zu ermöglichen sind wir mit dem Polizeivollzug in einem direkten Austausch. Nur so funktioniert es am Ende. Die Erfolge der Polizei stärken damit auch die Identifikation einer funktionierenden Polizeiverwaltung. Wir wissen, wir haben unseren Anteil daran.

DP: Und trotzdem soll die Attraktivität der Polizeiverwaltung gesteigert werden?

Laube: Die Attraktivität muss gesteigert werden. Daran führt kein Weg vorbei. Der Konkurrenzdruck mit anderen Arbeitgebern wird höher. Die verpassten Einstellungen der letzten Jahrzehnte haben an vielen Stellen ihre Spuren hinterlassen. An gutem Personal sind alle interessiert. Die Polizei wird

in der Öffentlichkeit vor allem mit der operativen Arbeit in Verbindung gebracht. Das zu ändern, setzt eine sichtbare Attraktivitäts-offensive für die Polizeiverwaltung voraus. Dabei sollte nicht nur mit einem sicheren Arbeitsplatz geworben werden.

DP: Sondern?

Laube: Starke Imagekampagnen, Werbevideos. Slogans sollten medienwirksam in den sozialen Medien gepostet werden. Dies allein reicht jedoch nicht aus. Zusätzlich müssen Maßnahmenpakete geschnürt werden – darin sind die Förderung von Fachkarrieren, finanzielle Anreize und die Anpassung des Laufbahnrechts. Das sind aus unserer Sicht effektive Anreize, um dem Konkurrenzdruck besser widerstehen zu können.

DP: Fehlt den Kolleginnen und Kollegen an manchen Stellen das Selbstbewusstsein?

Laube: Das Selbstbewusstsein fehlt nicht. Es fehlt die Wertschätzung. Die würde übrigens das Selbstbewusstsein noch stärken. Oft wird darüber gesprochen, was besser laufen kann, jedoch zeichnet sich eine gute Zusammenarbeit auch durch gegenseitige Anerkennung aus. Wenn etwas gut gelaufen ist, ist es wichtig, das gemeinsame Wirken aller Bereiche hervorzuheben.

DP: Wie sieht es beim Gewinnen neuen Personals aus?

Laube: Wir brauchen schnellere Auswahlverfahren. So können wir dem Personal-mangel entgegenwirken. Das sogenannte Speeddating als Beispiel bietet Chancen und Luft nach oben, um Interessierte nicht lange, womöglich zu lange, auf Entscheidungen warten zu lassen. Karriereportale und Headhunter setzen wesentliche Grundsteine mit anderen interessanten Angeboten. Damit wird erfolgreich geworben. Es klingt wie eine Worthülse, ich sage es trotzdem: Wir müssen handeln. Und wir müssen kreativ werden, um die Chancen zu erhöhen, die Besten locken und abgreifen zu können.

DP: Warum sollte nur Verwaltungspersonal auch solche Aufgaben bearbeiten?

Laube: Die Aufgaben der Polizeiverwaltung haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Die Anforderungen an eine rechtssichere Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen sind gestiegen. Die Klagebereitschaft der Gesell-

VERSAMMLUNGSFREIHEITSGESETZ BERLIN (VERSFG BE)

Von **Michael Knappe** und **Hartmut Brenneisen**.



1. Auflage 2021

Umfang: 336 Seiten

Format: DIN A5, Hardcover

Preis: 46,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0901-1

Am 28.2.2021 ist das Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin (VersFG BE) in Kraft getreten. Grundlegende Voraussetzung dafür war die Föderalismusreform I, mit der das Versammlungsrecht aus der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes entlassen und den Ländern übertragen wurde.

Mit dem vorliegenden Kommentar geben die Autoren eine praxisgerechte und zugleich wissenschaftlich fundierte Hilfestellung zur Anwendung des neuen Grundrechtsgewährleistungs- und Gefahrenabwehrgesetzes. Dabei geht es ihnen insbesondere um eine verfassungskonforme Auslegung der Vorschriften unter Berücksichtigung der hohen Bedeutung der Versammlungsfreiheit für den demokratischen Rechtsstaat.



DIE AUTOREN

Michael Knappe, Professor, Direktor beim Polizeipräsidenten a.D.

Hartmut Brenneisen, Professor, Ltd. Regierungsdirektor und Polizeidirektor a.D.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

schaft und der eigenen Kolleginnen und Kollegen gegen Verwaltungsentscheidungen erfordert ausgebildetes und fortgebildetes Personal. Die Polizeiverwaltung muss mit Fachleuten aus dem Bereich der Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sowie der tariflich Beschäftigten ausgestattet sein. Zweifelhafte Improvisation mit Aushilfskräften oder das Outsourcen bestimmter Aufgaben sind weder Lösung noch zielführend, um Personallücken zu schließen. Tatsächlich besteht das Risiko, dass der reibungslose Ablauf von Polizeiarbeit gefährdet wird.

DP: Gesundheit, Arbeitszufriedenheit, das habt ihr ja auch auf dem Schirm.

Laube: Die Work-Life-Balance – der Begriff dürfte ja inzwischen bekannt sein – nimmt seit Längerem einen steigenden Stellenwert im Berufs- und Familienleben ein. Somit steht sie auch im Fokus des Bundesfachausschuss Polizeiverwaltung. Unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Vereinbarkeit zu gestalten, sie besser zu machen und die Mitbestimmung zu unterstützen. Es ist eine Binsenweisheit, dass nur gesundes und zufriedenes Personal seinen Aufgaben gerne nachkommt und gute Resultate erzielt. Außerdem sind die Mitarbeitenden einfach da, weil krankheitsbedingte Ausfälle eher die Aus-

nahme bleiben. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein wesentlicher Baustein, um im Arbeitsalltag seine volle Leistungsfähigkeit abrufen zu können und dauerhaft zufrieden mit seiner Arbeit zu sein.

DP: Und dann ist ja noch die Digitalisierung ...

Laube: Die Digitalisierung nimmt Fahrt auf und damit auch das ortsunabhängige Arbeiten im Wohnraum. Neue schnellere und effiziente Geschäftsprozesse, optimale Vernetzung mit Behörden und Verfahrensbeteiligten bieten interessante Perspektiven. Jedoch darf der Faktor „Mensch“ nicht aus den Augen verloren werden. Wir schauen uns das genau an. Zum einen: Die so wichtige persönliche Vor-Ort-Face-to-Face-Kommunikation muss erhalten bleiben. Zum anderen: Technische Lösungen sollen dazu dienen, Arbeit zu vereinfachen, aber sie nicht wegfallen zu lassen. Da sehen wir uns als Fachgremium und als Personalrätinnen und -räte in der Pflicht, unsere Kolleginnen und Kollegen, die sich teilweise seit Jahrzehnten mit ihrer Arbeit in der Polizeiverwaltung immens identifizieren, nicht im Stich zu lassen.

DP: Letzte Frage, hat die Corona-Pandemie auch positive Effekte erzielt?

Laube: Die Pandemie hat aufgezeigt, wie schnell sich Arbeitsbedingungen unter Krisenbedingungen verändern können. Jahrelang wurden Hürden errichtet, die mit sicherheits- und prozessualen Argumenten begründet wurden. Die sind dann sehr schnell in den Hintergrund gerückt. Bestimmte Bereiche der Polizeiverwaltung konnten plötzlich aufzeigen und melden, hey, wir können aus den eigenen vier Wänden heraus unseren dienstlichen Aufgaben gut nachkommen. Vorgesetzte haben sich zwangsläufig auf die neue Situation einstellen und sich von ihrem „Überwachungsmodus“ lösen müssen. Stattdessen war ein Vertrauensvorschuss angesagt. Ich denke, der war gerechtfertigt. Letztlich hat eine funktionierende Polizeiverwaltung eine technische Infrastruktur mit Laptops, Software und Hintergrundtechnik vorgehalten. Also wieder einmal das greifende Zahnrad.

DP: Vielen Dank für das Gespräch

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 ■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins

 effektiver Jahreszins
EXCLUSIVZINS **AK FINANZ**
 Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel: 06241 173180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de

**www.
 Polizeifeste.de**

**Alle
 Polizeifeste
 auf einen
 Blick**

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-0800-33 10 332
 Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI
 DEIN PARTNER**
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal



Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, in einer Podiumsdiskussion mit der stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden Christine Behle, zuständig auch für den Öffentlichen Dienst und den Beamtenbereich.

Foto: Kay Hirschmann/DGB

SCHÖNEBERGER FORUM 2021

Dringend gesucht: Gesellschaftlicher Klimawandel

Das Schöneberger Forum: Die gewerkschaftliche Diskussionsplattform wird jedes Jahr vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) veranstaltet. Im Zentrum stand im November in Berlin die „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor“. DP-Autorin Gudrun Hoffmann war vor Ort.

Gudrun Hoffmann

„Aggression darf keine neue Umgangsform werden“ schrieb Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seinem Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Schöneberger Forums. Mit dem Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor“ griff der DGB die Inhalte der von der GdP maßgeblich initiierte Kampagne „Vergiss nie – hier arbeitet

ein Mensch“ auf und stellte einmal mehr die steigende Gewalt gegenüber denjenigen, die den Staat repräsentieren, in den Mittelpunkt.

Vorbeugen und nachsorgen

In fünf Foren diskutierten engagierte Kolleginnen und Kollegen, wie mit gewalttä-

tigen Übergriffen, Beleidigungen und Bedrohungen umgegangen werden muss. Dabei müsse insbesondere der Nachsorge für Betroffene eine noch größere Rolle zukommen, betonten Michaela Hohmann-Kaddatz und Katja Schmal von der Polizei Berlin. Die zwei Beamtinnen zeigten auf, welche Angebote die Hauptstadtbehörde Betroffenen in diesem Zusammenhang bereithält. In der Zentralen Ansprechstelle Gewalt gegen Polizeidienstkräfte werden Kolleginnen und Kollegen, die Gewalt oder belastende Einsätze erlebt haben, bei Bedarf psychosozial betreut. Das individuelle Empfinden, ob die Unterstützung nötig ist, steht dabei im Vordergrund. Ein Einsatznachsorgeteam aus ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern steht rund um die Uhr zur Verfügung. Sie sind die ersten Ansprechpartner für Betroffene und leisten schnelle psychologische Hilfe. Weitere Unterstützungsangebote reichen von psychologischer Betreuung, Schulungen im Umgang mit belastenden Reaktionen und der Aktivierung eigener Ressourcen bis zur Begleitung in Gerichtsprozessen. Alle Gespräche sind streng vertraulich. Nur so kann ein geschützter Raum für die Betroffenen gewährleistet werden.

Gesellschaftlicher Klimawandel

Neben den Foren dominierte das Thema „Keine Gewalt gegen Beschäftigte“ auch die

Podiumsdiskussionen. Gemeinsam mit der GWE-Vorsitzenden Maike Finnern und der stellvertretenden ver.di Vorsitzenden Christine Behle diskutierte GdP-Vize Jörg Radek die Verantwortung der Gesellschaft, der voranschreitenden Verrohung Einhalt zu gebieten. Den Gewerkschafter Radek beschäftigte insbesondere eine Frage: „Wann ist eigentlich der Punkt erreicht, an dem es nicht mehr weitergeht?“ Der GdP-Vize beantwortete seine Frage gleich selbst. Für ihn sei die Ermordung eines Zwanzigjährigen in Idar-Oberstein eine solche Zäsur gewesen. Der Student hatte an einer Tankstelle auf die Einhaltung der Maskenpflicht hingewiesen. „Wir brauchen ganz dringend einen Klimawandel in der Gesellschaft“, unterstrich Radek und betonte: „Wir müssen miteinander stehen, statt gegeneinander zu kämpfen.“ Diese Gesellschaft sei es wert, dass man sie verteidige.

In der Diskussion kamen immer wieder Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu Wort, die ihre eigene Perspektive und auch Betroffenheit schilderten. Vieles habe sich durch Co-

rona verschärft. Zudem habe die Pandemie wie ein Gewalt-Booster gewirkt. Darin waren sich alle einig.

Rauer Ton en vogue

Unter den vielen Gästen des Forums war die Berliner Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik. Sie diskutierte gemeinsam mit dem Medienwissenschaftler Dr. Bernhard Pörksen unter dem Thema „Wenn der raue Ton en vogue wird“.

Dr. Slowik verwies auf den hohen Anstieg von Angriffen gegen Polizeibeschäftigte und zeigte mehrere Lösungsansätze auf: Prävention, Ausstattung und Nachsorge. Auf die schwierige Anerkennung von Dienstunfällen in Folge von Gewaltübergriffen gegen Beschäftigte legte sie ein besonderes Augenmerk und bat um Unterstützung des DGB. Slowik griff hier auch Diskussionen aus den Foren auf: im Dienstunfallrecht müsse ein konkretes Ereignis benannt werden, das kausal für die körperliche Beschädigung ist. Bei psychischen Erkrankungen

beispielsweise sei dies selten auf ein konkretes Ereignis zurückzuführen. Deshalb seien die Anerkennung als Dienstunfall und die damit verbundene Dienstunfallfürsorge oft schwer zu erreichen. Hier sei eine rechtliche Modernisierung dringend notwendig – eine Forderung, die auch in der GdP interessiert erörtert werden wird. Der Medienwissenschaftler Pörksen resümierte: Die Pandemie und die seitdem bestehende Querdenken-Bewegung hätten zu einer Verhärtung der Kommunikation geführt. Dies sei ein maßgebliches Erschwernis in den Einsätzen der Polizei. Vor diesem Hintergrund wurden verschiedene Kommunikationsmethoden und deren Anwendungsmöglichkeiten bei der polizeilichen Arbeit.

Lob kam von Prof. Dr. Pörksen für die Kampagne des DGB „Vergiss nie – hier arbeitet ein Mensch“, die direkt, unmittelbar und authentisch auf die Thematik Gewalt gegen Beschäftigte hinweise. Die gute Nachricht ist, dass der DGB vor kurzem beschlossen hat, die Kampagne fortzusetzen. Die bessere Nachricht wäre es, wenn eine solche Kampagne überhaupt nicht nötig wäre. ■

GdP-Vize Jörg Radek im Gespräch mit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Elke Hannack.



Hingeschaut

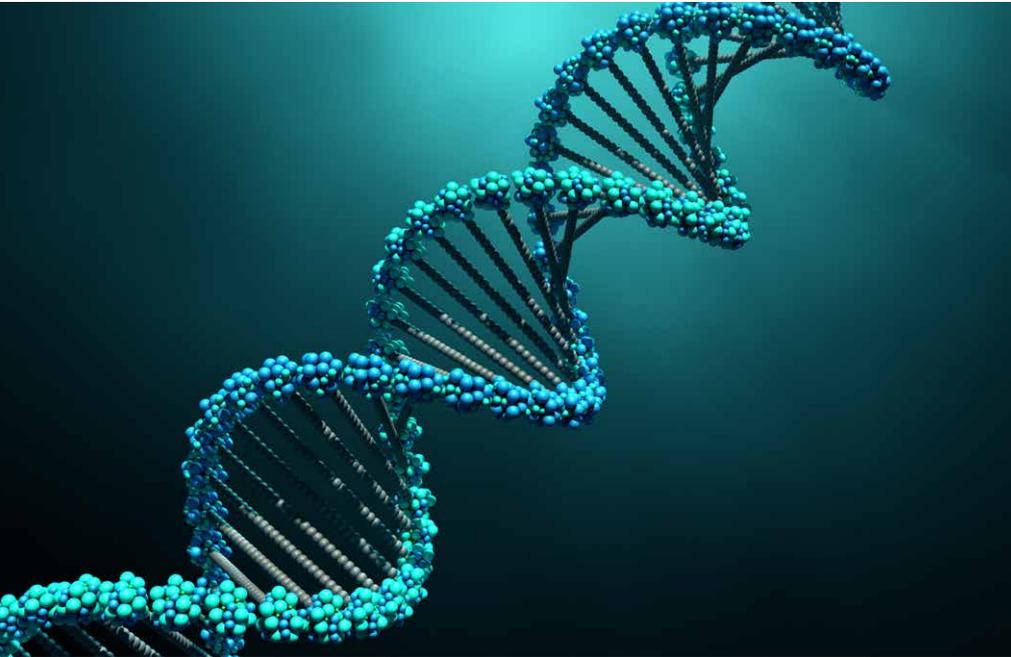


Foto: DesignCell/stock.adobe.com

TARIFBESCHÄFTIGTE IN DER DNA-ANALYTIK

„Wir sind hier nicht beim Fernsehen“

„deoxyribonucleic acid (DNA)“: Die DNA in einer menschlichen Zelle hat eine Länge von etwa zwei Metern. Von diesen Zellen gibt es eine ganze Menge in einem Menschen. Was damit im Fachbereich DNA-Analytik am Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt geschieht, berichtet unser DP-Autor mit Kennerblick über die dortigen Schreib- und Labortische.

Dr. Helge Norf



Foto: privat

Als der britische Genforscher Sir Alec John Jeffreys 1984 als Nebenschauplatz seiner Forschung fast beiläufig entdeckte, dass er jedem Mitglied einer Familie einen individuellen genetischen Code zuordnen konnte, und dass sich damit sogar die Verwandtschaftsverhältnisse zwischen verschiedenen Personen aufklären ließen,

markierte dies die Geburtsstunde der forensischen DNA-Analytik. Jeffreys bemerkte kleine Wiederholungssequenzen auf der Desoxyribonucleinsäure (kurz: DNS oder DNA) – dem Erbgut, das in jeder Körperzelle enthalten ist. Diese sogenannten Mikrosatelliten waren bis dahin schlichtweg ignoriert worden, denn letztendlich erfüllen sie keine

biologische Funktion. Heute weiß man, dass sich aus der Kombination verschiedener Mikrosatelliten ein für jede Person einzigartiges genetisches Profil ableiten lässt, mit dem sich Menschen, wie mit einem unsichtbaren genetischen Fingerabdruck, voneinander unterscheiden lassen.

Innovatives Forschungsfeld

Nachdem der Grundstein für die forensische DNA-Analytik einmal gelegt war, entwickelte sich die Fachdisziplin schnell zu einem der größten und innovativsten Forschungsfelder der Kriminaltechnik. Am Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt zählt die DNA-Analytik zu den größten Fachbereichen der Behörde. Eine sehr hohe Anzahl an Untersuchungsaufträgen und etliche DNA-Spuren werden hier jedes Jahr von den technischen und wissenschaftlichen Mitarbeitenden analysiert. Um solch ein hohes Pensum bei gleichzeitig höchster Arbeitsqualität zu bewältigen, sind alle Bearbeitungsschritte klar gegliedert und werden regelmäßig Routineüberprüfungen unterzogen.

Bevor es mit der DNA-Analytik losgeht, muss jeder Untersuchungsauftrag auf die Einhaltung bestimmter Qualitätsrichtlinien geprüft werden. Jede Spur erhält einen individuellen Barcode, mit dem sich ihr Weg durch den Fachbereich nachvollziehen lässt. Selbst bei umfangreichen Spurenvorgängen – teilweise mit mehreren Hundert Spuren – behalten die Kolleginnen den Überblick und auch die Nerven. Auch wenn es gerne mal etwas weniger Spuren sein dürften, denn schließlich können gleichzeitig Dutzende an Untersuchungsaufträge zur DNA-Analytik eingehen, betont eine Kollegin. Damit die Arbeit zu schaffen ist, werden die Kolleginnen und Kollegen in der Regel von den Labormitarbeiterinnen unterstützt.

Größtmögliche Sorgfalt

Wenn alles geprüft und vorbereitet ist, werden die Spuren dem Laborbereich zugeführt. Hier herrscht Kittel- und Maskenpflicht, um das Spurenmaterial und die Analysen vor Kontamination zu schützen. Weil die heutigen Analysegeräte so empfindlich sind, können selbst bei größter Sorgfalt, wenn auch nur selten, Kontaminationen



Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland

Eine analytische Einführung für Polizei und Sicherheitsbehörden

Von **Stefan Goertz**.

1. Auflage 2021

Umfang: 224 Seiten

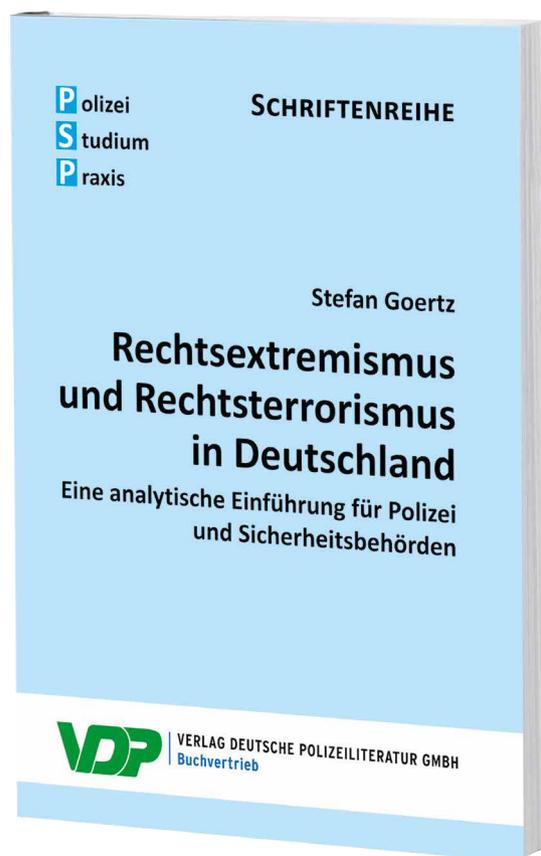
Format: 13 x 19 cm Broschur

Preis: 20,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0899-1

Das vorliegende Buch liefert eine kompakte Darstellung des gegenwärtigen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland.

Ausgehend von einer Begriffsdefinition und -analyse widmet sich der Autor im Anschluss rechtsextremistischen Parteien sowie Organisationen, Gruppen und Individuen. Weiterhin zeigt er aktuelle Entwicklungen und Phänomene im Rechtsextremismus auf und bezieht an dieser Stelle umfassend das Problemfeld von Rechtsextremisten in der Bundeswehr und in den Polizeien mit ein. Anschließend benennt er Beispiele für den Übergang von Rechtsextremismus zu Rechtsterrorismus und behandelt rechtsterroristische Fälle wie die Anschläge in Halle und Hanau. Zudem widmet der Verfasser sich rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Inhalten im Internet, bevor er abschließend aktuelle Abwehrmaßnahmen der Sicherheitsbehörden vorstellt.



DER AUTOR

Dr. Stefan Goertz, Professor für Sicherheitspolitik, Schwerpunkt Extremismus- und Terrorismusforschung, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, Lübeck.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

aufzutreten. Deshalb müssen alle Personen, die den Laborbereich betreten, eine Speichelprobe für eine Referenzdatenbank abgeben. Wieso das so wichtig ist, zeigte ein Fall, bei dem eine eindeutig bestimmbare, unbekannte Person bundesweit an verschiedensten Delikten beteiligt gewesen sein soll. Nach langem Suchen stieß man auf die Mitarbeiterin einer Firma für forensische Laborverbrauchsmaterialien.

Emotionale Belastung

Die DNA-analytische Untersuchung untergliedert sich in verschiedene aufeinanderfolgende Teilbereiche. In der sogenannten Besichtigung werden die Spuren untersucht, Proben genommen und verschiedene Tests angewendet. Mit forensischen Lichtquellen können zum Beispiel kleinste Blut-, Speichel- oder Sperma-Anhaftungen sichtbar gemacht und dann mit einem speziellen molekularbiologischen Test nachgewiesen werden. Besonders bei Körperverletzungen oder Sexualdelikten müssen zum Teil sehr viele solcher Anhaftungen untersucht und gesichert werden – eine Arbeit, die auf Dauer emotional stark belasten kann. Weil in jedem Fall eine neue Überraschung steckt, wird die Arbeit nie wirklich langweilig, meint eine der dienstältesten Kolleginnen. Für eine Andere ist es besonders wichtig, mit ihrer Arbeit etwas Gutes zu tun und Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen. Wie man mit der emotionalen Be-

lastung fertig wird, möchte ich wissen. „Man darf sich nicht zu stark in die Opfer hineinversetzen“, sagt eine der jüngeren Kolleginnen. Außerdem spiele die enorme Kollegialität für die tägliche Arbeit eine sehr wichtige Rolle.

Höchste Präzision

Sind alle Proben entnommen, wird die DNA aus dem gesicherten Zellmaterial in der DNA-Isolation mit speziellen Chemikalien und komplizierten Geräten extrahiert und gereinigt. Wenn hier etwas schief geht, etwa durch die Kontamination von Proben oder einen technischen Defekt, sind die gesicherten Proben unwiederbringlich verloren. Die Kolleginnen kennen aber ihre Verantwortung und arbeiten stets professionell und mit höchster Präzision.

Sobald das extrahierte DNA-Material vorliegt, beginnt die Arbeit der eigentlichen DNA-Analyse: Kurze Abschnitte der DNA – die Mikrosatelliten – werden durch eine sogenannte Polymerase-Kettenreaktion (PCR) vervielfältigt und mittels Kapillarelektrophorese sichtbar gemacht. Anschließend können die erhaltenen DNA-analytischen Ergebnisse bewertet werden. Sollte eine Analyse einmal fehlschlagen, etwa weil eine Probe zu wenig DNA oder Hemmstoffe enthält, ist das für die Kolleginnen kein Problem. Durch ihre langjährige Erfahrung wissen sie, was zu tun ist, um zu einem aussagekräftigen DNA-Profil zu gelangen.

Die richtigen Schlüsse

Anschließend beginnt die Arbeit der Sachverständigen. Alle Ergebnisse zu einem Vorgang werden gecheckt und – insofern vorhanden – mit Vergleichsmaterial von Tatverdächtigen, Geschädigten oder anderen beteiligten Personen abgeglichen. Denn auch hier gilt: unbeabsichtigte DNA-Kontaminationen können sich bei der Spurensicherung sehr schnell einschleichen und nur wenn Vergleichsmaterial vorhanden ist, können DNA-Anhaftungen auch ihren Spurenerverursachern zugeordnet werden.

Den Schlusspunkt der DNA-analytischen Untersuchungen markieren Berichte oder Behördengutachten, die von den Sachverständigen erstellt und zusammen mit den untersuchten Spuren zurück an die bearbeitende Dienststelle gesendet werden. Sollten zuvor noch weitere Analysen notwendig sein, werden diese gemeinsam mit den Labormitarbeiterinnen ausgearbeitet. Der enge Kontakt zwischen den Labormitarbeiterinnen und den Sachverständigen ist enorm wichtig. Nur so kann sichergestellt werden, dass ein Untersuchungsauftrag fachgerecht bearbeitet wird und die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Motivation schöpfen

Als ich einmal, kurz nach meiner Anstellung als Sachverständiger, ins Labor gerufen wurde, um einen Spurenvorgang mit zu besichtigen, sagte meine Kollegin, dies sei jetzt kein Fernsehen. Die Straftat, die vor uns auf dem Labortisch lag, war tatsächlich geschehen. Es gab Geschädigte und Tatverdächtige, und es war nun unsere Aufgabe, zu der Aufklärung des Delikts mit unserer Arbeit beizutragen. Für die technischen Mitarbeiterinnen und Sachverständigen unseres Fachbereichs ist dies ein ganz wichtiger Motor: Denn mit unserer Arbeit können wir den Opfern von Straftaten zu ihrem Recht verhelfen, als auch zu Unrecht verdächtige Personen schützen. Ich denke, dass nur wenige Leute das von Ihrem Beruf behaupten können. ■

ANZEIGE

REISEMARKT

www.PolizeiDeinPartner.de



Action mit wasser-c-raft in Tirol
Spezial Polizeiangebote:
 Raft- & Canyon tour €/Person 126,-
 Unterkunft über uns buchbar.
 Infos: +43 5252 6721
 office@rafting-oetztal.at
 www.rafting-oetztal.at



017189-CNF-00221
Gardasee-Ferienhaus
 Herrliche Lage, Traumhafter Seeblick
 Mitten im Naturpark „Alto Garda“, eig. Garten, große Terrasse, 2 Whng. m. Sat-TV, Kü./Bad/Zentr.-Heiz.)
 > Ideal f. Wanderer, Biker, Surfer
 > Für Polizei u. Angehörige bis 15% Rabatt.
Hausprospekt unter:
 Tel.: 08231-88369 o. 0821-9069042
 Mail: whofmann2@gmail.com
 https://casabellavista.net



FeWo – Wendland
 Wandern, Radfahren, Erholung pur am Rande der Lüneburger Heide.
 Komplett eingerichtet für 4 Pers. (Kü./Bad/Sat.-TV/WLAN)
 Tolles Ambiente!
 Tel.: 05842-9819540
 Mail: hofmannbaerbel@gmx.de
 www.airbnb.de/rooms/18492880

Gelesen

UNTERHALTUNGSINDUSTRIE DES DRITTEN REICHES IM FOKUS

Kaum beackertes Romanfeld

Romanautor Stefan Boucher kehrt nach seinem Hi-Tech-Thriller „Long Forgotten“ zurück unter die Leselampen. Mit „Kleine Frau im Mond – Leben zwischen Traumfabrik und totalem Krieg“ schaut er in einer romantischen Erzählung auf die nazideutsche Filmproduktion im letzten Sommer des Zweiten Weltkrieges.

Michael Zielasko

Der Name Boucher ist ein Synonym. Der Mülheimer will damit Verwechslungen mit seinen wissenschaftlichen Texten vermeiden, erzählt er DP. Im „wahren“ Leben lehrt er Politik, Soziologie sowie Medien- und Religionspädagogik. Sein Forscherherz interessiert Zusammenhänge von Medien und gesellschaftlichen Prozessen, doch Geschichten, betont er, begleiten ihn bereits sein ganzes Leben. Boucher legt in seinen Büchern Spuren. Wohin sollen diese führen? „Wenn eine Leserin oder ein Leser zum Beispiel eine Andeutung oder einen Sachverhalt aus meinen Büchern recherchiert und dann feststellt, dass es das wirklich gibt, dann reicht eine fiktive Geschichte bis in die reale Gegenwart hinein“, verdeutlicht er. Leserinnen und Leser könnten sich auf die Suche begeben und Teile einer Erzählung weiterverfolgen.“ Auch die „Kleine Frau im Mond“ lädt dazu ein.

1944 ist Mara Prager süße 16. Sie liebt den Film und den Blick in die unendlichen Weiten des Universums. Mara verschlingt alles über die noch junge Weltraumforschung. Ihr Alltag im Fahrkartenschalter eines Berliner Vorortbahnhofs ist jedoch trist. Und es herrscht Krieg. Die gewaltigen Flaktürme am Bahnhof Zoo erträumt sie sich als Tore zu fernen Welten, als Chance zwischen den Sternen zu lauschen.

Sie erfährt, dass in ihrer Nachbarschaft bekannte Filmstars leben. Der Kon-

takt bringt sie zu den Dreharbeiten des UFA-Films „Unter den Brücken“. Eine neue Traumwelt öffnet sich für die junge Frau, jedoch eine mit Schatten. Beliebte Schauspieler verschwinden oder werden verhaftet, manche hingerichtet. Andere verstummen, sobald das Scheinwerferlicht verlischt. Mara lernt den Verwaltungssoldaten Manfred und den Flakhelfer Helmut kennen, die ihre Leidenschaften teilen. Beide erwecken in ihr Gefühle, die plötzlich keine Träumereien mehr sind, sondern aufregend, beunruhigend und gefährlich.

Boucher erzählt eine romantische Liebesgeschichte und begleitet im letzten Kriegssommer die Dreharbeiten eines der bekanntesten Filme des Dritten Reiches. Die fiktive Handlung verbindet sich mit realen Ereignissen und ist dem Autor zufolge das Ergebnis aufwändiger Archivrecherchen, der Auswertung von Interviews, historischen Akten, Drehbüchern und Setfotos. ■



Stefan Boucher: Kleine Frau im Mond: Leben zwischen Traumfabrik und totalem Krieg.

Gebundene Ausgabe, 523 Seiten, 22,90 Euro
ISBN-13: 979-8493324307

Der Roman ist in verschiedenen Formaten verfügbar, unter anderem auch in Großschrift.

RÜBERGEMACHT

Ein Volkspolizist auf Westbesuch – Teil 3

In dieser dreiteiligen Serie erzählt der ehemalige Volkspolizist Uwe Bräuning von seinen Erlebnissen während eines zehntägigen Beamtenaustausches mit dem Westen im März 1992.
Teil 3: Fasan ruft Banjo!

Uwe Bräuning

Nach Dienstschluss erlebte ich noch ein für mich besonderes, für die anderen jedoch übliches Ritual. Die gesamte Dienstgruppe versammelte sich noch einmal in einem Raum. Dort standen Bierflaschen bereit. Bei einem Getränk ließen die Kollegen gemeinsam noch einmal das Erlebte der letzten acht Stunden Revue passieren. So sollte verhindert werden, dass jemand ein nicht verarbeitetes Problem „mit nach Hause nahm“. So etwas funktionierte sicherlich nicht immer. Schon gar nicht bei traumatischen Ausnahmeerlebnissen. Aber dem „normalen Wahnsinn“ konnte man mit lockeren Gesprächen im Kollegenkreis durchaus entgegenwirken. Das dabei vor Fahrtantritt von den Teilnehmern jeweils eine Flasche Bier konsumiert wurde, hatte mich als Verfechter der 0,0-Promille-Regel“ zwar ein wenig irritiert, war aber mit Blick auf die damals im alten Teil der Bundesrepublik geltenden 0,8-Promille-Grenze zumindest rechtlich unbedenklich.

In den kommenden Tagen jagte ein besonderes Erlebnis das andere. Der Knoten platzte endgültig, als mich ein schwerer Motorradunfall, bei dem wir als erste, noch vor dem Rettungswagen eintrafen, zum Handeln zwang. Ich tat einfach, was Polizisten in solchen Situationen immer tun. Egal ob in Steinfurt, München, Leipzig oder eben in Seelow.

Vor lauter Aufregung unterlief mir beim Absetzen des Funkspruchs ein Fauxpas. Anstatt den gültigen Rufnamen der Kreispolizeibehörde Steinfurt „Banjo“ zu nennen, rief ich den im Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) üblichen Funkkenner „Fasan“ in den Äther. Fasan ruft Banjo! Und was soll ich sagen? Banjo hat den Fasan empfangen!

Bei der Aufnahme von Verkehrsunfällen tauchte immer wieder ein Vertreter der örtlichen Presse auf. Der Reporter fertigte völlig ungehindert, als wäre es das selbstverständlichste der Welt, Fotoaufnahmen vom Unfallort. Allerdings nicht allein für eigene Zwecke. Die Polizei bekam gleich noch ein paar professionelle Aufnahmen ab. Dieser lockere Umgang zwischen Presse und Polizei versetzte mich in höchstes Erstaunen.

Irgendwann wurde ich auch Zeuge, wie sich mein Streifenpartner, von einem renitenten Verkehrsrowdy gereizt, im Ton vergriff. So wie es eben auch einem Polizisten gelegentlich passieren kann, aber eben nicht darf.

Am freien Wochenende erkundete ich gemeinsam mit Ludger und Familie auf dem Fahrrad die ländliche Umgebung von Borgorst. Irgendwie erinnerte mich die flache aufgeräumte Agrarlandschaft, in der wie kleine Inseln im Ozean Bauernhöfe lagen, an das heimatliche Oderbruch. Eigentlich wollten wir das Hermanns-Denkmal im Teutoburger

Wald besichtigen. Da jedoch ein paar Fußball begeisterte Jünglinge kurz vor der Abfahrt ihren Ball ausgerechnet durch die Windschutzscheibe von Ludgers Auto schossen, mussten wir auf Arminius verzichten. Den Trip in den Teutoburger Wald habe ich im Jahr 2009, bei anderer Gelegenheit, nachgeholt.

Ludger räumte auch gleich mit einem weiteren Klischee auf. In Brandenburg glaubte man, dass der Beruf des privaten Einzelbauern noch immer im westlichen Teil der Bundesrepublik ausgeübt werden kann. Dem war jedoch nicht so. Echte Bauern gab es nur noch im Nebenerwerb. Wer als Landwirt überleben wollte, war in der Regel gezwungen, sich nach einem zweiten finanziellen Standbein umzusehen.

Abends saßen wir dann Bier trinkend auf der Veranda. Meine Gedanken gingen immer wieder nach Hause. Die Sorge um meinen Sohn erwies sich als einziger Wehrmüsstropfen während der Zeit meines Aufenthalts. Dabei hätte ein einziger Anruf genügt, um beruhigt zu sein. Ob die Leute heute überhaupt wissen, wie wertvoll ein Telefonanschluss sein kann?

Meine Streifenpartner wechselten regelmäßig. So lernte ich einen Teil der Dienstschicht näher kennen. Funkstreifenwagen sind nun einmal besondere Orte, in der sich eine vertrauensvolle Atmosphäre entwickelt. Wer dort nebeneinander sitzt, muss sich unter Umständen in einer bedrohlichen, unversehens eintretenden Situation auf den jeweils anderen verlassen können. Etwaige Animositäten haben im Mikrokosmos des Funkstreifenwagens nichts zu suchen. Hätte man alle 80 Millionen Deutsche in Funkstreifenwagenbesetzungen aufteilen und ein paar Wochen miteinander Streifen fahren lassen können, dann wäre die deutsche Einheit tatsächlich in kürzester Zeit über die Bühne gegangen!



**Ehemaliger Grenzturn
an der innerdeutschen
Grenze bei Salzwedel.**

Foto: fotografo/stock.adobe.com

In den gemeinsamen Gesprächen entwickelten sich ebenso interessante wie ungewöhnliche Blickwinkel auf die jüngere deutsch-deutsche Geschichte. Eines Nachmittags richtete mir der Kollege, mit dem ich gerade den Streifenwagen teilte, einen herzlichen Gruß von seinem Vater aus. Dieser war im Zweiten Weltkrieg als Soldat in sowjetische Gefangenschaft geraten. Bei seiner Rückkehr im Jahr 1947 kam er zunächst in einem Güterwagen in Frankfurt (Oder) an. Die ersten Wochen auf deutschem Boden verbrachte er in der ehemaligen Horn-Kaserne, bis es über das Lager Frankfurt (Oder)-Gronenfelde endlich in die Freiheit ging. Anfangs wollte der durch den Krieg entwurzelte Vater meines Kollegen in Brandenburg bleiben. Am Ende entschloss er sich dann doch, weiter nach Westen zu ziehen – zu Verwandten ins Münsterland. „Stell dir mal vor, wenn sich mein Vater damals anders entschieden hätte“, sagte mein Kollege. „Dann wäre ich in Brandenburg zur Welt gekommen, womöglich oder vielleicht sogar ganz sicher auch Polizist geworden und hätte heute die gleichen Probleme wie du.“

Eine wahrhaft interessante Sichtweise. Zeigt sie doch auf, wie sehr unser Leben von Zufällen beeinflusst oder sogar entschieden wird. Hätte mein Großvater seine Absicht, sich dem zwangsweisen Eintritt in die LPG durch „Republikflucht“ zu entziehen, realisiert, wäre mein Leben möglicherweise ebenfalls anders verlaufen. Ich wäre auf jeden Fall „aus Kaderpolitischer Sicht“, nicht für den Dienst in der Volkspolizei infrage gekommen.

Die Tage in Steinfurt vergingen wie im Fluge. Eines Nachts wurde ich Zeuge eines besonderen Naturschauspiels, das wohl auch im Münsterland zu den ganz seltenen Ausnahmen gehört. Ich erlebte ein echtes Erdbeben. Am 13. April 1992 bebte um 03:20

Uhr im deutsch-niederländischen Grenzgebiet die Erde. Größere Schäden gab es zum Glück nicht. Ich hatte das nur wenige Sekunden anhaltende Schauspiel, im Bett liegend, zunächst mehr ungläubig staunend als voller Schrecken wahrgenommen. Aber das nur am Rande, der Vollständigkeit halber.

Ein Eklat zum Abschied

Ausgerechnet am Tag vor der Abreise, bei der Verabschiedung der in Steinfurt eingesetzten Brandenburger Polizisten in einer kleinen lokalen Gaststätte, kam es dann doch noch zu einem Eklat, verursacht durch einen Polizeiobererrat. Dieser hielt zunächst eine Ansprache, in der er sich bei uns für die Einsatzbereitschaft bedankte. Anschließend entwickelte sich ein lockeres Gespräch, in dem jeder einzelne von uns seine bisherige berufliche Entwicklung schildern sollte. Der Eklat ereignete sich bereits am Anfang. Ein Polizeikommissar aus Strausberg erzählte, dass er bis 1990 als Abschnittsbevollmächtigter (ABV) tätig war. Zur Erklärung fügte er hinzu, dass die Tätigkeit eines Abschnittsbevollmächtigten mit dem eines Revierpolizisten/Bürgerbeamten im heutigen Deutschland vergleichbar ist.

So als hätte er nur darauf gewartet, fiel ihm der Obererrat ins Wort: „Nein. Solche Tätigkeiten sind eben nicht miteinander vergleichbar“, sagte er mit scharfer Stimme. „In der kommenden Zeit wird sich ohnehin noch zeigen, wer in die neue Polizei übernommen werden kann, oder wer sie besser verlassen muss. Dazu sind umfangreiche Überprüfungen geplant und wohl auch notwendig.“

Bums. Der verbale Leberhaken hatte punktgenau gesessen. Obwohl der forsche Polizeiobererrat mit dem Kern seiner Aussage Recht hatte, konnten Wortwahl und Zeit-

punkt wohl nicht unpassender gewählt werden. Die anfängliche Stimmung war dahin.

Zum Schluss setzte er noch einen drauf. Obwohl laut Plan ein Essen auf dem Plan stand, erklärte er die Veranstaltung kurz darauf als beendet. Angeblich würde das Essen den zur Verfügung stehenden Etat sprengen und sei von der zuständigen Stelle abgelehnt worden. Anschließend verschwand der „Goldstern“, eine zunächst sprachlose Runde zurücklassend.

Ein Hauptkommissar aus Steinfurt fand als erster seine Stimme wieder. Er erhob sich von seinem Platz und sprach in die Runde: „Jetzt haben die Kollegen aus Brandenburg zum Schluss noch gesehen, dass es auch bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen Arschlöcher gibt. Ich kann nur um Entschuldigung für den Auftritt des Oberrats bitten.“

Eigentlich hätten wir uns sogar bei dem Vertreter des Höheren Dienstes bedanken sollen. Denn durch seine unsensible Wortwahl, hatte er die anwesenden einfachen Polizisten aus Nordrhein-Westfalen und

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77 % % % %

www.fahrzeugkauf.com

Brandenburg noch ein Stück enger zusammenrücken lassen.

Am nächsten Tag wurde ich am frühen Morgen herzlich von der Familie Dwersteg verabschiedet. Leider riss später der Kontakt zwischen uns ab. Die zehn Tage im Münsterland werde ich dennoch niemals vergessen!

Ich war nicht der Einzige, der nach seiner Rückkehr von dem viel zu kurzen Aufenthalt in NRW schwärmte. Zwischen vielen Polizisten entwickelten sich Freundschaften. Manche kamen auch mit Geschenken beladen zurück. So hatten die Kollegen erfahren, dass es in Brandenburg einen Engpass bei der Versorgung mit Teilen der Dienstbekleidung, insbesondere mit Uniformhemden und Lederjacken gab. Beim Abschied bekam jeder Brandenburger einen Stapel Uniformhemden überreicht. Dass auf den Uniformhemden noch das Landeswappen von NRW prangte, interessierte kaum jemand. So kam es, dass damals immer wieder Polizisten aus Brandenburg fälschlicherweise für „Wessis“ gehalten wurden.

Für alle völlig unverständlich wurde der Beamtenaustausch noch im Verlauf des Jahres 1992 gestoppt. Angeblich aus Geldmangel. Hinter vorgehaltener Hand hielt sich jedoch noch lange das Gerücht, dass mancher „West-Import“ in den Reihen der Brandenburger Polizei nicht allzu glücklich über die Annäherung der Polizisten aus Ost und West war. Konnte doch manch gut gehütetes Geheimnis, dass diesem oder jenem peinlich sein konnte, nach Brandenburg gelangen. Ob diese Gerüchte der Wahrheit entsprachen, oder nicht, vermag ich nicht zu beurteilen. Aber eines weiß ich: Dieses Kapitel in der Geschichte der Polizeien der Bundesländer Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, darf auf keinen Fall in Vergessenheit geraten!

Im Juni 2018 wirkte ich als Protagonist bei der Fernsehdokumentation „Was wurde aus der Volkspolizei?“ mit. In dieser Dokumentation ging es um den Übergang der ehemaligen Volkspolizei zu einer demokratischen Polizei, Anfang der Neunziger Jahre. Bei den Vorbereitungen kam ich auch auf meine Zeit in Steinfurt zu sprechen. Regisseur und Autor Jan N. Lorenzen wollte unbedingt an den Originalschauplätzen in Steinfurt mit mir und Ludger Dwersteg ein Interview drehen. Zu diesem Zweck nahm Herr Lorenzen telefonischen Kontakt mit der Familie Dwersteg auf, die sofort begeistert zusagte.

So kam es im Juni 2018, nach über sechsundzwanzig Jahren doch noch zu einem Wiedersehen in Steinfurt. Die Zeit war nicht spurlos an uns vorbei gegangen. Wir hatten uns verändert und die Welt rings um uns ebenfalls. Auf der Anfahrt hatte ich genug Zeit, die Situation von damals und heute einem Vergleich zu unterziehen. Während mir 1992 praktisch jeglicher Kontakt nach Hause fehlte, gingen 2018 pausenlos Nachrichten auf meinem Smartphone ein. Die interne Vereinsgruppe diskutierte ein Projekt, zwischenzeitlich gingen Video-Telefonate der Familie ein, und ich konnte den Lieben daheim ebenfalls visuell anschaulich den aktuellen Standort mitteilen. Obwohl mich über fünfhundert Kilometer von meinem Zuhause trennten, konnte ich doch jederzeit ins Geschehen eingreifen. Man war zwar nicht da, aber nicht wirklich weg.

Neben den Dreharbeiten hatten wir uns sehr viel zu erzählen. Ludger befand sich bereits seit ein paar Jahren in Pension. Der Zeitpunkt meiner eigenen Pensionierung rückte auch immer näher. Bei einem Besuch der Kreispolizeibehörde Steinfurt musste ich schmerzlich erfahren, dass sich die Verhältnisse von damals völlig gewandelt hatten. Sowohl die gemütliche Nachbereitung des Dienstes als auch das lockere Verhältnis zur lokalen Presse gehörten mittlerweile der Vergangenheit an. Meine damalige Dienstgruppe war in alle Winde verstreut. Der Großteil genoss längst die wohlverdiente Pension. Andere verrichteten anderswo ihren Dienst. Film oder Fotoaufnahmen durften innerhalb der Dienststelle nicht gefertigt werden. Das Innenministerium des Landes NRW hatte solche Aktivitäten generell verboten. 1992 wäre ein Fernsightteam wohl noch mit offenen Armen empfangen worden.

Leider wurden die Szenen in Steinfurt später bei der Fertigstellung der Dokumentation doch nicht verwendet.

Bevor es nach dem Abschluss der Dreharbeiten wieder zurück nach Brandenburg ging, trat ein schlanker, großgewachsener, bärtiger Mann auf mich zu. „Schön, dass du dich wieder mal hier sehen lässt“, sagte er und schüttelte dabei meine Hand. „Ja, äh.... wer sind Sie denn?“ „Du erkennst mich wirklich nicht?“ Der Bärtige lachte mir zu. „Mensch, ich bin der kleine Junge von damals, der dir damals immer so auf die Nerven gegangen ist.“

Spätestens jetzt wusste ich, dass ich nun wohl doch langsam alt geworden bin. ■

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 12 | 70. Jahrgang 2021
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistent

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

petesphotography/istockphoto.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 44 vom 1. Januar 2021.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

193.967 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

FIRST RC KIT POLIZEIAUTO

Schenken sie ihrem Kind erste Erfahrungen in Kreativität und Funktionalität. Vielseitig ist dieser neue Polizeiauto Bausatz mit mehreren Funktionen. Hier wird Bauspaß ohne Kraftaufwand garantiert und nebenbei wird auch noch die Feinmotorik und das technische Verständnis gefördert. Das Modell kann mit dem im Lieferumfang enthaltenen Hand-Schraubendreher, oder mit der Fernsteuerung welche sich mit einer zusätzlichen Antriebseinheit zum Akkuschauber verwandelt, zusammengebaut werden. Das Polizeiauto kann mit RC vor- und rückwärts gesteuert werden. Die Abdeckung kann manuell entfernt und das Modell zu einem Cabrio gewandelt werden.

Highlights

- 2,4 GHz für Mehrspielerbetrieb
- Akkuschauber mit Rutschkupplung. Kein Überdrehen der Schrauben
- Aus robustem Kunststoff
- Großer Bauspaß ohne Kraftaufwand
- Fördert die Feinmotorik und technisches Verständnis
- Schraubendreher mit wechselbarem Einsatz
- Antriebseinheit für Akkuschauber oder Modell
- Ohne Antriebseinheit wird Akkuschauber zur Fernsteuerung
- Gummibereifung

Funktionen

- Vorwärts/rückwärts über Fernsteuerung
- Vorwärts/rückwärts über Schalter an Antriebseinheit
- Freifahrend

Lieferumfang

- Modell besteht aus 22 Teilen
- Antriebseinheit
- Schraubendreher mit wechselbaren Einsatz
- Fernsteuerung
- Deutschsprachige Anleitung

Erforderliches Zubehör:

4 x AA-Batterien 1,5 V nicht im Lieferumfang enthalten

Technische Daten:

Abmessungen: ~ 19 x 10 x 10 cm

Gewicht: ~ 280 g

250310

🌟 19,99 € 24,99 €

Enthält verschluckbare Kleinteile.
Erstickengefahr! Von Kleinkindern
unbedingt fernhalten.



just play



Bitte beachten Sie, die eventuell längeren Liefer- und Versandzeiten vor Weihnachten.



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Angebot gültig bis 31.12.2021!

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de



Verbrechen löst man nicht am Schreibtisch. Außer man hat ihn dabei. Vito und eVito.

Nicht nur Polizisten müssen auf alles vorbereitet sein, ihr Fahrzeug muss es auch. Dank seiner Ausstattung wird der Vito zur mobilen Wache: Die Bestuhlung des Fahrgastraumes kann variabel gewählt werden und abklappbare Arbeitstische sind in Zusammenarbeit mit renommierten Aufbauherstellern optional integrierbar. Zudem ist der Vito auf Wunsch mit dem eigens entwickelten Polizeisitz für Fahrer und Beifahrer erhältlich. Als interaktiver Streifenwagen kann er ganzheitlich an die Leitstelle angebunden werden. Bestellbar ist der Vito mit effizienten Dieselmotoren und als vollelektrischer eVito. Weitere Informationen unter www.mercedes-benz.de/polizei

Mercedes-Benz

